

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,40 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen, Österreich, Ungarn, Luxemburg 4,30 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,30 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Gedanken und Meinungen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und 'Frauenbeilage 'Frauenstimme'' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Angelsgewichte: Die einseitige Sonnenscheibe 30 Pfennig, Restmenge 5.- Reichsmark. 'Aktionen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 69 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 29. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollständig: Berlin 37 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutsche Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin 1.

Befragt das Volk!

Der Beschluß des Sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage zusammen. Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß sich durch den Austritt der deutschnationalen Minister an der scharfen Oppositionsstellung der Sozialdemokratie gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Der Austritt der Deutschnationalen beweist nur, daß es unmöglich ist, mit dieser Partei eine den deutschen Interessen entsprechende auswärtige Politik zu führen.

Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes vermittelt der Auflösung des Reichstags.

Der Fraktionsvorstand hat die Reichstagsfraktion zum Freitag, den 6. November, einberufen, um zur Situation, insbesondere zur Frage des Zusammentritts des Reichstags, Stellung zu nehmen.

Der Beschluß des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schafft eine klare Lage: Entweder die Deutschnationalen stimmen für die Ratifizierung oder der Reichstag wird aufgelöst!

Ein Ausweichen gibt es nicht! Wenn die Deutschnationalen im Dezember gegen die Ratifizierung stimmen werden, werden die Sozialdemokraten dasselbe tun.

Sie werden den Deutschnationalen nicht gestatten, daß sie die schwerste verantwortungsvollste Arbeit auf andere Schultern abladen, um dann ihre alten Plätze wieder einzunehmen. Herrn Luthers Wunsch, mit den „wertvollen Kräften der Deutschnationalen Partei“ so rasch wie möglich wieder Fühlung nehmen zu können, wird nicht in Erfüllung gehen.

Herr Luther, oder wer sonst im Dezember Reichskanzler sein wird, wird nur zwei Möglichkeiten haben: Entweder er wird die Deutschnationalen zur Raison bringen oder er wird den Reichstag auflösen müssen.

Es gibt eine Mehrheit ohne die Deutschnationalen. Eine Mehrheitsbildung ohne Deutschnationale und ohne Sozialdemokraten ist unmöglich.

Läßt die Regierung es darauf ankommen, so wird sie erleben, daß die Ratifizierung von diesem Reichstag abgelehnt wird.

Die Sozialdemokratie will Locarno. Aber sie will nicht die Verabschiedung des Werks von Locarno durch eine nur zu diesem Zweck zusammengekettelte und am Tage danach wieder auseinanderfallende Mehrheit.

Sie will nicht die Verabschiedung des Vertrags ohne die Befragung des Volkes. Sie sieht keinen Grund, dem Kabinettsrat Luther das Leben zu erleichtern oder zu verlängern.

Ist der Regierung ernstlich daran gelegen, das Vertragswerk zu vollenden, so wird sie sich mit der Auflösung des Reichstags beeilen müssen, damit nicht überflüssig Zeit verloren geht!

Der Wille des Volkes wird dem von den Deutschnationalen entwerteten und gefährdeten Wert neuen Wert und neue Sicherheit verleihen. Er wird verhindern, daß seine weitere Ausführung in die Hand einer zweideutigen von den Gegnern des Vertrags kontrollierten Regierung gelegt wird.

Die Sitzung der Reichstagsfraktion, die über die Einberufung des Reichstags entscheiden soll, ist deshalb auf den Freitag der nächsten Woche gelegt worden, weil möglichst alle Mitglieder an dieser wichtigen Entscheidung teilnehmen sollen.

Die entscheidenden taktischen Gesichtspunkte sind indes schon in dem Beschluß des Vorstandes niedergelegt. Durch diesen Beschluß wird — immer vorausgesetzt, daß sich die Deutschnationalen nicht doch noch dazu entschließen, für Locarno zu stimmen — die Reichstagsauflösung unvermeidlich.

Die Sozialdemokratische Partei steht damit in einem neuen, großen, entscheidenden Kampf. Sie wird ihn führen für die friedliche Verständigung der Völker, für ein republikanisches, den gerechten sozialen Ansprüchen der arbeitenden Massen Rechnung tragendes Regiment.

Gegen Luther, gegen die Zweideutigkeit nach außen, gegen die eindeutig arbeitervindliche Politik im Innern, gegen den Feind, der rechts steht!

Ein Plaidoyer für Hochverrat.

Militärische Einmischung in ein schwebendes Verfahren.

Durch das offiziöse Depeschensbureau wird folgende, aus dem Reichswehrministerium kommende Rechtfertigung des Generals Sigt von Armin verbreitet:

Obwohl sich der Oberreichsanwalt mit den Vorgängen bei der Einweihung des Gefallenendenkmals durch den Verein Alt-Augusta befaßt, hält es das Reichswehrministerium für angezeigt, von dem Ergebnis seiner Ermittlungen Kenntnis zu geben.

Es ist festgestellt, daß von den beteiligten Dienststellen bei der Vorbereitung der Feier nach den bereits bekanntgegebenen Bestimmungen des Reichswehrministeriums verfahren ist. Die für die Feiern vorgeschriebenen Formen sind eingehalten. Die Ehrenbezeugungen der Reichswehr sind nur von ihren Vorgesetzten entgegengenommen. Das verschiedentlich verbreitete Bild läßt dies deutlich erkennen, da der General weder die Truppe noch die Truppe ihn ansieht. (!) Die Unterbrechung ist irreführend.

Die Wiedergabe der Rede des Generals d. J. a. D. Sigt v. Armin in der Presse folgt, soweit sie ausführlich ist, der Berichterstattung der BS.-Korrespondenz. Diese gibt nur einen Auszug aus der Rede, der dann wieder von den einzelnen Zeitungen zusammengestrichen ist. Dadurch ist der Sinn der Worte entstellt und sind Gedanken willkürlich zusammengelastet, die in der Rede auseinander gehalten sind. Zu der Behauptung, der General d. J. a. D. Sigt v. Armin habe das Denkmal im Namen des Kaisers eingeweiht, hat der General mitgeteilt: „Einen Auftrag, das Denkmal einzuweihen, hat der Kaiser mir selbstverständlich nicht erteilt“, und die Behauptung: „Ich hätte das Denkmal in seinem Namen eingeweiht“, ist un wahr. Der General d. J. a. D. Sigt v. Armin hat lediglich Grüße des Kaisers an die „Augustaner“ übermittelt und gebeten, ihm in ihrem Namen die Versicherung auszusprechen zu dürfen, daß, wie er im Geiste unter ihnen welle, sie seiner gedächten und in unwandelbarer Treue zu ihm ständen.

Mit diesen Worten hat der General erkennen lassen, wie er persönlich zu dem ehemaligen Monarchen steht; die staatsrechtlichen Verhältnisse werden damit nicht berührt. (!) Die Worte des Generals d. J. a. D. Sigt v. Armin über Fahnenweid sind in der Presse durch die Vertügelung in einen falschen Zusammenhang gekommen. Sie waren lediglich an die Mitglieder der Vereinigung Alt-Augusta gerichtet und hatten etwa den Sinn: „Wer der Kriegsartifel und des Dem Kaiser einst geschworenen Fahnenweides gedente, werde darüber nicht im Zweifel sein, was er seinem Volke und seinem Vaterlande schuldig sei; er werde in dem Kampf für unseres Volkes Befundung und Wiederaufbau seine Person hinter die Interessen des großen Ganzen zurücktreten lassen.“ Der Fahnenweid hat nur noch historische Bedeutung; seine Wirkung ist im Jahre 1918 ausdrücklich durch Entbindung der Berechtigten aufgehoben. Die Kriegsartifel enthalten allerdings die Mahnung, in denen die Worte des Generals gipfelten.

Die Angaben der Teilnehmer an der Feier und des Generals d. J. a. D. Sigt v. Armin, der in den letzten Jahren bei etwa 40 Denkmalsweihen ohne jede Beanstandung in der Öffentlichkeit die Festrede gehalten hat, stellen den Verlauf der Feier wesentlich anders dar, als nach den ersten Zeitungsberichten angenommen werden mußte.

Der Reichsminister hat nach dem Ergebnis der Ermittlungen keine Veranlassung, die bestehenden Bestimmungen zu ändern oder gegen irgendeinen der beteiligten Reichswehrangehörigen einzuschreiten, falls nicht die Untersuchung des Oberreichsanwalts ein anderes Ergebnis zeitigen sollte.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, wie die, zu denen die Denkmalsweihen am 11. d. M. Veranlassung gewesen ist, ist Sorge zu treffen, daß bei Anlässen der vorliegenden Art Redewendungen vermieden werden, die mißverstanden werden können.

Diese langatmige Verteidigungsrede für die Generale Wilhelms II. ist mehr, als sie zu schelten wagt. Sie ist eine regierungsoffizielle Anweisung an den Oberreichsanwalt, das Verfahren einzustellen, wenn er sich nicht den Form der ganzen heutigen Offiziersgesellschaft zuschieben will. Sie ist weiter ein dreister Versuch, die Öffentlichkeit irrezuführen, die Presse der falschen Berichterstattung zu bezichtigen und die beteiligten Reichswehroffiziere rein zu waschen!

Das Reichswehrministerium sollte sich hüten, allzu großen Wert auf die „Tradition“ zu legen. Die Tradition verlogenere Berichte der Obersten Heeresleitung und ihrer Nachrichtenstelle ist aus dem Kriege doch noch in allerübstem Angedenken. Wie doch schließlich sogar ein Heidebrand weinend zusammenbrechen und erklären: „Wir sind belogen und betrogen worden.“

Diese „Tradition“ sollte die Reichswehr mit Schaudern abweisen und nicht jetzt Erklärungen herausgeben, deren Unrichtigkeit offen zutage liegt. Das Reichswehrministerium befindet sich in einer sehr großen Gefahr. Seine Behauptung, der Putz von Rüstern sei ein Werk „nationalkommunistischer Hauen“, war keineswegs ein Musterbeispiel kriegsmäßiger Unaufrichtigkeit. Sie konnte damals unter dem Ausnahmezustand nur deshalb verbreitet

Luthers Rede in Essen.

Verteidigung des Vertrags von Locarno.

Essen, 28. Oktober. (W.T.B.) Reichskanzler Luther erklärte u. a.: Vor dem Kriege sei die Grundlage für die politische Gestaltung Europas das System der Gleichgewichtserhaltung gewesen. In der Nachkriegszeit sei durch die Schaffung von zwei Kategorien von Staaten, den Entwaffneten und den Bewaffneten das Gleichgewicht gestört worden. Aufgabe der deutschen Nachkriegspolitik sei, Deutschland als gleichberechtigten Faktor in das europäische Staatensystem wieder einzufügen. Gleichberechtigung sei Voraussetzung für jede fruchtbare Mitarbeit an den großen gemeinsamen Aufgaben.

Die außenpolitischen Sorgen, die das deutsche Volk bewegen, knüpfen zunächst an die große Frage der allgemeinen Entwaffnung an, die im Vertrage von Versailles als Grundprinzip aufgestellt sei. Auch in Locarno habe die Frage der Entwaffnung eine wichtige Rolle gespielt. Das oberste Ziel von Locarno sei aber die Schaffung von Sicherungen für den Frieden. Zu diesem Zwecke diene in erster Linie der in Locarno weitgehend verwirklichte Gedanke des Schiedsverfahrens. Der Reichskanzler gab anschließend eine eingehende Darlegung des Sicherheitspaktes.

Die bestehenden Vorschriften der Völkerbundscharta wurden zur Erläuterung mit herangezogen, insbesondere diejenigen, welche bei Konflikten zwischen den Staaten der Bestimmung des Streitiges und der Regelung von Rechten und Pflichten der Beteiligten dienen.

Was die Ostfragen anbelangt, so sei hier im Hinblick auf die Führung der deutschen Ostgrenze eine andere Lage gegeben als im Westen. Aber auch hier stehe das Friedensziel, wie in der Präambel zu den Ostschiedsverträgen zum Ausdruck gebracht, im Vordergrund. Die in Locarno getroffenen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen, bzw. der Tschechoslowakei hielten sich genau an die im Völkerbund getroffenen Abmachungen, wozu noch vom deutschen Standpunkt aus hinzukomme, daß bei etwaigem Eintritt des Garantiefalles die englische und italienische Garantie zu Deutschlands Gunsten mittelbar wirksam werden könne.

Zur Frage des Art. 16 der Völkerbundscharta wies der Reichskanzler auf die Beziehungen Deutschlands zu Rußland hin, welche, wie der jüngst abgeschlossene deutsch-russische Handelsvertrag beweise, durch das Werk von Locarno keine Veränderung erlitten hätte.

Die deutsche Stellungnahme zum Art. 16 sei bestimmt durch die besondere Lage Deutschlands in bezug auf den militärischen Rückgangszustand und durch seine geographischen Verhältnisse. Der

Reichskanzler berührte im Zusammenhang auch die übrigen mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen.

Darauf ging der Reichskanzler über zur Betrachtung der Frage, wie das in Locarno Erreichte sich in der Zukunft auswirken werde. Hier stellte er den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß ein Erfolg nicht deswegen abgelehnt werden dürfte, weil er nicht alle gehegten Wünsche erfülle. Der Weg zum Aufstieg sei mühsam und langsam. Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre ergebe jedoch, daß ein positiver und beständiger Fortschritt festzustellen sei.

In dieser Beziehung komme dem Art. 6 des Sicherheitspaktes besondere Bedeutung zu. Hier sei in der Einfügung des Schiedsverfahrens über die Regelung des Londoner Abkommens hinaus ein bedeutender Fortschritt erzielt. Die besondere Bedeutung des Art. 20 des deutsch-französischen Schiedsvertrages wurde in diesem Zusammenhang erläutert.

Der Reichskanzler setzte sich alsdann mit den Einwendungen und Bemängelungen auseinander, welche gegen das Werk von Locarno laut geworden seien, und wies abschließend auf die großen allgemeinen Gesichtspunkte hin. Die bei Betrachtung des Wertes von Locarno im Rahmen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft in Betracht gezogen werden müssen.

Zur Frage der Rückwirkungen unterstrich der Kanzler mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Schaffung einer Grundlage, auf der dem schwer geprüften deutschen Volk Vertrauen in die gemachten Zusicherungen und Glauben an den Frieden der Zukunft erwachsen können. Es bestrebe kein Zweifel daran, daß, wenn die Rückwirkungen, insbesondere hinsichtlich der Rheinlandfragen, in dem Sinne behandelt würden, der die logische Auswirkung der Verhandlungen in Locarno darstelle, dann eine große Mehrheit des deutschen Volkes dem Vertrag von Locarno zustimmen werde. Demgegenüber sei es eine Frage von nationaler Bedeutung, in welcher Weise dieser sichere deutsche Volkswille seinen endgültigen Ausdruck finde, sei es im Parlament, wie es jetzt bestehe, sei es durch Befragung des deutschen Volkes selber.

Allen deutschen Parteien rufe er, der Reichskanzler, zu, daß es sich jetzt nicht darum handle, Politik in gewöhnlichem Wortsinne zu treiben, sondern daß das deutsche Volk jetzt vor geschichtlichen Aufgaben stehe. Daß eine außenpolitische Entscheidung von solcher Tragweite tiefe Spuren in die gesamte politische Entwicklung eines Volkes grabe, entspreche aller geschichtlichen Erfahrung. Er, der Reichskanzler, werde sein ganzes Kraft daran setzen, daß die große außenpolitische Frage wirklich reif werde zur Entscheidung durch das deutsche Volk. Das sei seine Aufgabe im Dienste des gesamten deutschen Volkes, die höher stehe, als irgendwelcher Parteigesichtspunkt.

Deutschnationale Futterkrippenwirtschaft.

Zur Beförderung v. Reudell.

Zu der Ernennung des Herrn R. Reudell zum Oberregierungsrat bemerkt der Soz. Pressedienst:

Ein Jahr Abbau der Republik im Reichsinnenministerium unter Jarres und ein Jahr deutschnationalen „Wiederaufbaus“ durch Schiele geben uns ein deutliches Bild von der „Futterkrippenwirtschaft“, wie sie die Nachfolger der Konservativen, die jetzigen Deutschnationalen, in einem der wichtigsten Reichsministerien auszuüben verstanden.

So wurden z. B. unter Jarres zur Strecke gebracht: der Ministerialrat Buer, der Mitglied der demokratischen Fraktion des Preussischen Landtags und der verfassunggebenden Nationalversammlung war. Er wurde wegen „geringwertiger Leistungen“ abgebaut. Wie geringwertig seine Leistungen waren, ergibt sich daraus, daß er wenige Monate nach dem Abbau zum Oberbürgermeister gewählt und vom preussischen Staatsministerium bestätigt wurde.

Dann sollte Ministerialdirektor Falk folgen, da er als Leiter der Beamtenabteilung und aufrechter Republikaner den Reaktionsären ein Stein des Anstoßes war. Den Abbau mußte der Reichspräsident Ebert zu veranlassen. So begnügte sich Herr Jarres damit, den Beamten, von denen Falkraft und dessen Kenntnissen er allerlei zu befürchten hatte, im „Bundesamt für Heimatwesen“ tätigstellen.

Weiter mußte der Oberregierungsrat Scheer seinen Posten räumen. Scheer war Demokrat und ein weisungstüchtiger Bewandler des Demokratenführers Koch. Er wurde abgebaut natürlich nicht wegen „geringwertiger Leistungen“, sondern als „einziger unverheirateter Oberregierungsrat“ der Behörde.

Ferner wurde Regierungsrat Dr. Crome, der Sohn des bekannten Bonner demokratischen Professors, abgebaut unter der Begründung, er wäre der einzige unverheiratete Regierungsrat. Daß er zufällig Demokrat war, kam selbstverständlich bei dem Abbaubeschluß nicht in Frage.

Der Oberregierungsrat Dr. Bulcke, ein aufrechter Demokrat, der in der gesamten Filmwelt als Leiter der Oberfilmprüfstelle und als Romanschriftsteller großes Ansehen genoss, wurde ebenfalls vom „Rache-Korps“ zur Strecke gebracht.

An den Ministerialrat Liedje ging dieses Unheil vorüber. Er rettete sich durch seinen Austritt aus der demokratischen Partei in den Tagen des Beamtenabbaus vor dem Verlust seines Amtes. Vor ihm streckte die sogenannte „Rachekommission“, das Dreimännerkollegium Lewald, Saemisch und Busche, die Waffen, genau so wie das Gericht von Gredesmühlen vor dem Ueberläufer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Im übrigen rettete ihn ein Schreiben, das eine namhafte Persönlichkeit der Rechtsparteien an Herrn Lewald gerichtet hatte mit der Bitte, Herrn Liedje im Interesse der Deutschen Volkspartei vor dem Henkerbeil des Abbaus zu bewahren.

Was Herr Jarres eingewirrt hatte, baute Herr Schiele nach seiner Manier wieder auf. Zunächst berief er den preussischen Regierungsrat von Reudell, den Bruder des bekannten deutschnationalen Abgeordneten. Besonders Leistungen hatte Reudell nicht aufzuweisen. Das Assessorexamen gelang ihm erst bei dem zweiten Anlauf. Er war als wenig befähigter Beamter unter seinen Kollegen bekannt und mußte sich nach seiner Berufung erst mühselig bei den einzelnen Referenten die einfachsten Handgriffe der Verwaltungspraxis holen. Vor etwa acht Wochen hat ihn Schiele zum Oberregierungsrat gemacht und wenige Tage darauf beim Reichskabinett die Zustimmung zur Beförderung zum Ministerialrat erbeten. Das Kabinett hat jedoch in der Sitzung vom 10. Oktober die Ernennung abgelehnt. Als aber die Reichsregierung ins Schwanken kam und der Austritt der Deutschnationalen drohte, rief Schiele seine Kollegen zugunsten seines Schützlings nochmals an. In der Kabinettsitzung vom 23. Oktober wurde dann die Zustimmung zu der Ernennung gegeben. Bereits am 24. mittags hatte Herr von Reudell das vom Reichspräsidenten unterzeichnete Patent in seinen Händen. Selbst im organisierten Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei im Reichsinnenministerium wird offen ausgesprochen, daß Schiele auf die „Beförderung“ drängte, weil er schon am Freitagabend seinen Austritt aus dem Kabinett vorausgesehen hat.

Als Ersatz für die durch die „Rachekommission“ gestrichenen Lücken forderte Schiele nunmehr bei dem Reichstag mehrere Hilfsarbeiterstellen an, weil der Beamtenkörper „jungen Nachwuchses“ bedürfe. So berief er den früheren Leiter der Theaterabteilung des Berliner Polizeipräsidenten wegen Erreichung der Altersgrenze schon vor Jahren abgebauten Oberregierungsrat von Glasenapp, einen strammen Deutschnationalen, in sein Amt, um mit ihm ein neues Theatergesetz gegen die Republik auszuarbeiten. Außerdem holte er sich den Oberregierungsrat aus dem Reichsgesundheitsamt Zenini, den ehemaligen Polizeikommandanten des Vorwerks, dem in den Erinnerungen des Rappstengenerals ein würdiges Denkmal gesetzt ist, als Vierten — nebenbei völlig überflüssigen und unbeschäftigten — Referenten in das Reichsgesundheitsamt. Ein weiterer Günstling Schieles war der ebenfalls erst vor wenigen Monaten herbeigeholte Regierungsrat Dr. Erbe. Er ist zwar nicht deutschnational und gehört lediglich dem rechten Flügel der Volkspartei an. Er wurde jedoch auf Verlangen von Jarres und Stresemann in das Reichsinnenministerium des Innern geholt, um nach der Ueberflutung dieses Amtes mit deutschnationalen Größen einigermaßen das Gesicht der Rechtskoalition zu wahren.

Schließlich sollte der Oberpostinspektor Morath, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und persönlicher Freund des Herrn Stresemann, zum Referenten der Beamtenabteilung gemacht werden. Der Versuch scheiterte lediglich daran, daß namhafte deutschnationale Führer der Beamtenbewegung die Unmöglichkeit dieses Vorgehens nachwiesen.

So sieht die Erbschaft aus, die ein volksparteilicher und ein deutschnationaler Reichsminister im Reichsinnenministerium der Republik hinterlassen haben!

Bereinigung des Balkankonflikts.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der griechisch-bulgarische Konflikt hat im Laufe der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Völkerbundsrats seine vorläufige Erledigung gefunden. Die Vertreter Griechenlands und Bulgariens erklärten, daß ihre Regierungen bereit sind, den Beschlüssen des Völkerbundsrats nachzukommen und bereits die zur Zurückziehung der Truppen erforderlichen Befehle erteilt hätten. Briand in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Völkerbundsrats gab daraufhin seiner Befriedigung über die Bereitschaft der Parteien, den Beschlüssen des Rates Folge zu leisten, Ausdruck. Der Rat hoffte, daß die Zurückziehung der Truppen innerhalb der gestellten Frist erfolge und die an Ort und Stelle entsandten militärischen Sachverständigen in der Lage sein würden, rechtzeitig darüber Bericht zu erstatten.

Die von dem Völkerbundsrat zur Zurückziehung der Truppen gestellte Frist läuft am Donnerstag 7 Uhr morgens ab.

Landbund in Not.

Rundgebung im Herrenhaus.

Unter der falschen Devise „Bauer in Not“ hatte der Reichslandbund zu gestern eine öffentliche Versammlung nach dem ehemaligen Herrenhaus einberufen, in der vor aller Welt die Not der Landwirtschaft, wie sie der Reichslandbund sich vorstellt, in eingehendster Weise dargelegt wurden. Der Präsident, Graf Kalkreuth, führte in seiner Begrüßungsrede aus, daß es möglich sei, die Landwirtschaft aus ihren Nöten zu befreien, wenn es gelingt, die Produktion um 30 Prozent zu steigern. Es sei sehr tragisch, daß gerade diejenigen Landwirtschaften, die am meisten für die Intensivierung der Landwirtschaft getan hätten, privatwirtschaftlich am meisten büßen müßten, da sie die hierfür erforderlichen Betriebsmittel auf Kredit hätten entnehmen müssen und dies sich selbstverständlich in hohen Zinslasten auswirke. Der Reichsernährungsminister Graf Ranig schwächte die Ausführungen des Präsidenten wesentlich ab. Er führte die Not der Landwirtschaft in erster Linie auf die durch den Krieg eingetretene

Verarmung Europas.

Verarmung Europas, das dadurch hervorgerufene Nachlassen der Konsumkraft und auf die durch die politische Neuordnung eingetretene Zersplitterung der europäischen Wirtschaft zurück. Er erwähnte, daß das Sparkapital der landwirtschaftlichen Genossenschaften, das reine liquide Sparkapital am 1. Oktober 1914 2 bis 3 Milliarden betrug, am 1. Oktober 1923 waren nur 30 000 Goldmark in denselben landwirtschaftlichen Genossenschaften an Sparkapital vorhanden. (Den städtischen Sparern ging es nicht anders! — D. Red.) Die deutsche Landwirtschaft ist nach seiner Ansicht verloren, wenn sie extensiv betrieben wird. Nun ist allerdings die deutsche Kreditdecke zu kurz, um restlos der Landwirtschaft die für die intensive Wirtschaft notwendigen Kredite zuzuführen. Es bleibt also der Landwirtschaft nur übrig, diejenigen Zweige zu intensivieren, bei denen sich die Investierung von Kapital lohnt. Natürlich ist es unmöglich, aus den Erträgen einer Ernte soviel herauszuwickeln, wie notwendig ist, um die in zwei Rotjahre eingegangenen Kreditverpflichtungen abzulösen. Um Zusammenbrüche zu vermeiden, müssen die Fälligkeitstermine so elastisch wie möglich gestaltet werden und es sei hervorzuheben, daß auch nach Ueberwindung der Krise die Landwirtschaft noch lange Jahre gebrauchen wird, um ihren früheren Stand wieder zu erreichen.

Viel helfen könne die Regierung auch nicht, da sie nicht in der Lage sei, Geld aus dem Nichts zu schaffen.

Wenn ihm der Vorwurf gemacht werde, daß er die Getreideausfuhr zu spät erlaubt habe, so müsse er darauf hinweisen, daß er auch „Reichsernährungsminister“ sei (was man nicht gemerkt hat. — D. Red.), und daß in diesem Jahr angefaßt des günstigen Ausfalls der Weltenergie ein Exportbedarf nicht vorhanden sei.

Graf Kalkreuth erwiderte darauf, daß weniger Resignation der Regierung angebracht sei. Die Landwirtschaft sei bereit, ihre Preise der gesunkenen Konsumkraft anzupassen, wenn auch die anderen Zweige der Volkswirtschaft eine dementsprechende Preispolitik treiben würden. (Das hat die Landwirtschaft mit ihrer Zustimmung zu den Industriezöllen verhindert! — D. Red.) Die Landwirtschaft sei in guten Jahren benachteiligt worden und in schlechten Jahren müsse man ihr die Hilfe, die sie brauche, versagen.

Die Vertreter der einzelnen landwirtschaftlichen Größenklassen, die Herren von Zihewitz, Helmke und Oekonomierat Bachmann wiesen darauf hin, daß es notwendig sei, die kurzfristigen Verbindlichkeiten allmählich in langfristige umzuwandeln. Von Zihewitz wurde die Einrichtung von paritätisch zusammengesetzten Kreditprüfungskommissionen in Vorschlag gebracht. Es wurde auf die Höhe der Steuern, auf die niedrigen Preise, auf die großen sozialen Lasten, auf die Notwendigkeit durch Ausschaltung von Zwischengliedern eine bessere Preispolitik zu ermöglichen hingewiesen, und es wurde ein großzügiges Agrarprogramm gefordert. Interessant war die Feststellung des Herrn von Zihewitz, daß man auf dem Lande der Ansicht sei, daß die

landwirtschaftlichen Vertreter in den Parteien und in den Berufsorganisationen versagt

hätten. Als Beispiel, in welchem Mißverhältnis die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den Preisen anderer Waren ständen, wurde ausgeführt, daß ein Paar Stiefel vor dem Kriege ungefähr den Preis eines Zentners Roggen ausmachten, heute vier Zentner Roggen. Für einen Sonntagsausflug genügte vor dem Kriege der Erlös von sechs Zentnern Roggen, heute sind 20 Zentner Roggen erforderlich. Es wurde auch die Preistreiberie der Innungen unter die Lupe genommen und angeführt, daß in Breslau den Bäckern, die ihre Ware billiger als es durch die Innungsbeschlüsse vorgeschrieben war, verkaufen wollten, gedrückt wurde, daß man vor ihre Laden Straßenhändler stellen würde, die Badmänn für die Hälfte des Preises abgeben würden, ja, man versuchte sogar, die Müller zu veranlassen, diesen Bäckern kein Mehl zu geben.

In seinem Schlußwort stellte Graf Kalkreuth fest, daß bei diesen Preisen für Brotgetreide viel von dem Brotgetreide verfaßert würde. Es sei notwendig, daß eine neue Reichsgetreidestelle (1) errichtet würde, die in der Lage sei, zugunsten der Landwirte bei Spekulation Preisunterbietungen der Börse einzuschreiten. (Die alte Reichsgetreidestelle wurde auf Betreiben des Reichslandbundes abgebaut. D. Red.) Was die Landbundgenossenschaften anbeträfe, so sei zuzugeben, daß sie sich

größere Aufgaben gestellt hätten, als sie mit ihren Mitteln durchführen konnten. Wenn es dadurch den einzelnen Reichslandbundgenossenschaften nicht gelungen sei, sich einzufinden, so sei doch zu hoffen, daß sie, mit dem Reichsverband vereint, segenerreich wirken könnten. Es sei notwendig, daß die Preise für Industrieprodukte nicht weiter steigen und aus diesem Grunde dürfen die Löhne der Industriearbeiter nicht weiter erhöht werden. (Über die Getreidepreise müssen steigen. D. Red.)

Daß die Schließung der Grenzen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte gefordert wurde, ist bei der ganzen wirtschaftspolitischen Einstellung des Landbundes nur selbstverständlich. Kein Wort von Zöllen, die doch alles eher als geeignet sind, die durchaus notwendige Intensivierung der Landwirtschaft zu fördern, kein Wort davon, daß an der Kreditnot der Landwirtschaft zum großen Teil die Lasten schuld ist, daß die Kredite in die falschen Kanäle geleitet worden sind, dagegen ist es sehr bemerkenswert, daß die Herren, die vor noch gar nicht so langer Zeit die eifrigsten Befürworter der freien Wirtschaft waren, die jedes Eingreifen der staatlichen Behörden in den Organismus der Wirtschaft ablehnten, sich gar nicht genug tun können in den Ruf nach Staatshilfe, ja, daß sie sogar die Wiederaufhebung der von ihr so arg beschwerten Reichsgetreidestelle wünschen. Also sie beten alles jezt wieder an, was sie vorher verbrannt haben.

Weitere Sanierungsversuche der Landbundgenossenschaften

Heute Donnerstag finden entscheidende Beratungen über das Schicksal der notleidenden Landbundgenossenschaften statt. Der Reichslandbund ist bekanntlich vor einiger Zeit an den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Offenbacher Verband) herangetreten mit dem Vorschlag, dem Reichsverbande die dem Reichslandbund angeschlossenen Genossenschaften zu übertragen. Als Gegenleistung sollte seitens des Reichsverbandes eine Jahresrente von 600 000 M. an den Reichslandbund gezahlt werden. Die Verhandlungen wurden für den Reichslandbund durch den Geheimen Finanzrat Hugenberg geführt. Im Reichsverband herrschte die Meinung vor, daß mit Rücksicht auf die schwierige finanzielle Lage verschiedener Landbundgenossenschaften von einer Gegenleistung gar nicht die Rede sein könne. Außerdem legte der Reichsverband großes Gewicht darauf, seine eigene wirtschaftspolitische Neutralität zu wahren und bestand auf einer Entpolitisierung der zu übernehmenden Landbundgenossenschaften. Die Uebernahme der Ein- und Verkaufsz. u. G. des Landbundes, bei der ein Verlust von 2 1/2 Mill. besteht, kam für den Reichsverband überhaupt nicht in Frage. Ein starkes Interesse am Zustandekommen der Transaktion befandete die Preußenkasse, die den Landbundgenossenschaften gegenüber recht großzügig in der Bewilligung von Krediten (direkt oder indirekt) gewesen war und die nunmehr ein Interesse daran hatte, die Qualität verschiedener eingetragener Engagements durch die Uebertragung auf den Reichsverband zu verbessern. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich daraus, daß der Reichsverband großes Gewicht darauf legte, daß in irgendeiner Form auch die dem Landbund nahestehende und nicht besonders florierende Bank für Landwirtschaft mit übertrugen wurde. In Landbundsreisen möchte man das Schicksal dieses Institutes von der Uebertragung der Genossenschaften trennen. Es verläutelt, daß der Hugenberg-Konzern diese Bank gern übernehmen möchte, um sie mit seiner Disbank für Handel und Gewerbe zu verschmelzen. Obwohl die Bank für Landwirtschaft an sich gar kein so begehrenswertes Objekt ist, erscheint sie im Augenblick deshalb etwas bedeutungsvoller, weil von den Krediten der Rentenbank-Kreditanstalt etwa 4 Mill. auf sie entfallen. Ueber die bei den Genossenschaften in Frage kommenden notleidenden Engagements gehen die Meinungen in den beteiligten Kreisen sehr weit auseinander. Man vermutet nun, daß der Verwaltungsrat der Rentenbank-Kreditanstalt vielleicht nun beschließen wird, bis zur Klärung der Vorgänge alle Kredite an die Genossenschaften zu sperren. Eine solche formal vielleicht objektiv erscheinende Maßnahme würde praktisch nur die Kleinbäuerlichen Kreise treffen, da die Verbände, in denen der großbäuerliche Besitz überwiegt, ihre Kredite schon vor ungefähr einem Jahre auf Grund der Rotverordnung über die Treuhänder-Gesellschaft erhalten haben, während von den Kleinbäuerlichen Krediten auf Grund des Rentenbank-Kreditanstalt-Gesetzes bisher nur ein geringer Teil abgehoben worden ist. Es handelt sich bei alledem um Entscheidungen, die den Lebensnerv des deutschen Bauertums berühren.

Keine Kredite für verkrachte Landbündler.

Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion.

In der Vorstandssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, über die wir an anderer Stelle berichten, kam auch die Wirtschaft- und Finanzpolitik der Regierung zur Sprache. Der Fraktionsvorstand mißbilligte insbesondere, daß allgemeine Steuermittel, die in erster Linie von der breiten Masse des werktätigen Volkes aufgebracht werden, zur Stützung großagrarischer und großindustrieller Unternehmungen verwendet werden. Diese Verwendung ist um so bedenklicher, als sie ohne parlamentarische Genehmigung und öffentliche Kritik erfolgt.

Der Vorstand erhebt ferner gegen die Absicht Einspruch, daß öffentliche Mittel auch zur Stützung verkrachter Unternehmungen des Reichslandbundes und damit zur Förderung deutschnationaler Parteizwecke verwendet werden sollen.

Die Regierungskrise in Frankreich.

Painlevé bildet das neue Kabinett.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Ministerkrise hat ihre vorläufige Erledigung gefunden. Painlevé hat den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen.

Die Ereignisse im Laufe des Mittwochnachmittag haben folgenden Verlauf genommen: Um 3 Uhr erschien Painlevé beim Präsidenten der Republik und hatte mit ihm eine längere Unterhaltung. Nach Verlassen der Präsidentschaft erklärte Painlevé den Pressevertretern, daß er den Präsidenten über die politische Situation unterrichtet habe. Wegen 5 Uhr ist Painlevé erneut beim Präsidenten der Republik erschienen. Der Präsident der Republik hat ihm den Auftrag erteilt, die neue Regierung zu bilden. Painlevé hat diesen Auftrag im Prinzip angenommen und sich eine Stunde Bedenkzeit ausbedungen. Daraufhin ist Painlevé zum Präsidenten der Kammer Herriot gefahren und hat mit ihm eine längere Unterhaltung gehabt. In später Abendstunde ist Painlevé erneut beim Präsidenten der Republik erschienen und hat ihm seine definitive Annahme des Auftrags mitgeteilt. Beim Verlassen der Präsidentschaft erklärte Painlevé auf Befragen der Pressevertreter, daß er am Donnerstag mit den üblichen Konsultationen zu beginnen gedenke. Darüber befragt, ob er das Finanzministerium zu übernehmen beab-

sichtige, erklärte Painlevé, daß in dieser Frage noch keine Entscheidung gefallen sei. Auf die Frage, ob Herriot an seiner Regierung teilnehmen werde, erklärte Painlevé, daß Herriot es für besser halte, dem Lande als Kammerpräsident zu dienen.

„Opfer vom erworbenen Vermögen“.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vertreter der vier Fraktionen des Vorkartells hielten am Mittwoch nachmittags eine gemeinsame Sitzung ab, um über die durch den Rücktritt des Ministeriums Painlevé geschaffene politische Lage zu beraten. Mit geringen Veränderungen wurde eine von dem Sozialisten Compté-Morel verfaßte Entschließung folgenden Wortlauts einstimmig angenommen:

„Die vier Fraktionen des Vorkartells sind entschlossen, dem Volkswillen, wie er in drei Wahlergebnissen zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung zu tragen und geben ihrem Willen Ausdruck, nur eine Regierung zu unterstützen, die entschlossen ist zur Hebung der finanziellen Lage des Landes vom erworbenen Vermögen die notwendigen Opfer zu fordern und die energische Verwirklichung dieses Programms beim Parlament durchzuführen gewillt ist.“

Genosse Ramsay MacDonald war am Dienstagabend Gast des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, wo er mit den Führern der Partei und der Gewerkschaften zusammen war. MacDonald hat am Mittwoch mittag Berlin verlassen, um sich nach Brüssel zu begeben, wo er mit Vandervelde zusammentrifft.

Gewerkschaftsbewegung

Ein denkwürdiges Jubiläum.
25 Jahre Ladenschluß.

Vor 25 Jahren, im Oktober 1900, trat die reichsgesetzliche Bestimmung in Kraft, daß die Läden um 9 Uhr abends zu schließen seien. Den Jüngeren unter den Angestellten wird es wohl kaum verständlich erscheinen, daß es vor 1900 überhaupt keine gesetzliche Regelung des Ladenschlusses gab. Um 10 Uhr abends wurden die Häuser geschlossen und dann erst ließen die Geschäftsinhaber die Saloufen herunter. Da, die meisten Zigarrengeschäfte der heute noch existierenden großen Zigarrenfirmen kannten folglich überhaupt keinen Ladenschluß. Nachts um 12 Uhr konnte man noch an den belebtesten Straheneden keine Zigarren kaufen. Kein Mensch fragte danach, ob der Angestellte überhaupt ein Recht auf Ruhe hatte.

Auch der Neumühlenschluß, der nach langen Kämpfen vor 25 Jahren eingeführt wurde, brachte für die Angestellten nur geringe Fortschritte. Übermaliger jahrelanger Kämpfe hat es bedurft, um die Regierung auf die Mißstände im Ladenschluß hinzuweisen. Zahlreiche Erhebungen über die Lage der Angestellten wurden gemacht. Die Ladeninhaber waren natürlich gegen den Nachschluß. Sie glaubten alle, ihre letzte Stunde habe nun geschlagen und die Welt sei unvermeidlich. Im Preussischen Landtag waren es besonders die „nationalen“ Parteien, die von der Regierung forderten, alles aufzugeben, daß kein Gesetz erlassen werde, um den Ladenschluß zu regeln. Einer der heftigsten Gegner des frühen Ladenschlusses war der satfam bekannte Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband! Raum glaublich erscheint es heute, wenn man folgende Erklärung der versammelten Gehilfen des D.V. vom Jahre 1896 liest:

„Die versammelten Gehilfen glauben, daß die Ausdehnung der Ladenzzeit bis 10 Uhr abends zur Erledigung der vorzunehmenden Auftrümmungen nicht genügt. Die versammelten Gehilfen schlagen daher vor, die Arbeitszeit in den Tagen vor Weihnachten bis 12 Uhr abends zu verlängern.“

Der Ladenschluß um 8 Uhr war von der Kommission für Arbeiterstatistik vorgeschlagen worden, und das genügte, um bei der gegnerischen Seite einen ungeheuren Entrüstungsturm herbeizurufen. Massenhafte Protestveranstaltungen wurden veranstaltet, die Regierung mit Protestschreiben überschüttet. Die bürgerliche Presse stand den armen Ladenbesitzern hilfreich zur Seite. Der D.V., der es weder mit den Angestellten, noch mit den Geschäftsinhabern verderben wollte, vertrat in seiner „Handelsmacht“ vom 1. Februar 1902 den Vermittlungsvorschlag, von einem

allgemeinen Ladenschluß zunächst abzusehen, aber die Beschäftigung von Angestellten nach 8 Uhr auch in den Engrosgechäften ein für allemal zu verbieten. Im Jahre 1900 hatte sich der D.V. zur Forderung durchgerungen: „Wir müssen um 9 Uhr Feierabend haben.“

So wie in den Ladengeschäften sah es auch in den meisten Bureaus und Kontoren aus. Um 8 Uhr sollte Schluß sein, aber meistens wurde es 9 Uhr. Gang und gäbe war es, die „Stifte“ und jüngeren Angestellten mit Bergen von Postanweisungen und Einschreibebriefen kurz vor 8 Uhr — denn solange hatte die Post offen — zur Post zu schicken, wo sie dann gewöhnlich wegen des großen Andranges meist erst gegen 9 Uhr abgefertigt waren.

Eine Sonntagsruhe gab es für die Angestellten ebenfalls nicht. Wenn nur während der Kirchzeit von 10 bis 12 Uhr der Laden geschlossen war, damit der Angestellte unterdessen ja nicht den Gottesdienst veräume. Damit war den Vorschriften des damaligen preussischen Vörligkeitsstaates Genüge geschehen. Die Läden waren auch Sonntags den ganzen Tag über geöffnet. Erst später ging man dazu über, die Läden nur von 8 bis 10 und von 12 bis 2 offen zu halten, was ja glücklicherweise jezt ebenfalls der Vergangenheit angehört.

Der Lichtschluß kam, und kein Krämmer machte deswegen Pleite. Dann kam der Krieg. Mangel an Angestellten, das Fehlen von Heiz- und Beleuchtungsstoffen genügte, um den Siebenuhrschluß von selbst einzuführen. Heute werden sogar die meisten Geschäfte noch mittags einige Stunden geschlossen, in den Kontoren und Bureaus ist die durchgehende Arbeitszeit fast überall eingeführt, der freie Sonnabendnachmittag ist erlöst, und kein Geschäftsinhaber hat davon Pleite gemacht. Aber erst mußten die verdammten Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften in Grund und Boden geholt werden.

Auch heute haben wir noch keine Idealzustände, aber immerhin zeigt dieses kleine Beispiel, was in den letzten dreißig Jahren durch das Zusammenstehen der Angestellten erkämpft worden ist.

„Die große Gefahr“.

Das Existenzminimum könnte erhöht werden.

Uns wird berichtet: Der Verband der Deutschen Metallwarenindustrie G. V., Berlin W. 62, Lutherstr. 53, mittelt Gefahr, daß das Existenzminimum noch weiter erhöht werden könnte. Er erläßt daher in seiner Flugpost vom 20. Oktober Nr. 60 an alle seine Mitglieder folgende Aufforderung:

„Es besteht die große Gefahr, daß trotz der jezt im neuen Einkommensteuergesetz vorgenommenen Erhöhung des einkommensteuerfreien Teils die Bestrebungen auf eine weitere Herabsetzung des Existenzminimums sofort nach Zusammen-treten des Reichstags wieder aufgenommen werden. Wie uns zu-

verlässig mitgeteilt wird, besteht die Absicht, bahingehende Anträge im Reichstag einzubringen. Die Tatsache, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer trotz der Erhöhung der einkommensteuerfreien Teile nur verhältnismäßig gering zurückgegangen sind, dient als Ausgangspunkt der vorgenannten Bestrebungen, die sich weiterhin darauf stützen, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer auch jezt noch gegenüber den Einnahmen aus der eigentlichen Einkommensteuer einen erheblich höheren Teil des Gesamtaufkommens aus der Einkommensteuer ausmachen. Bei diesen Behauptungen wird außer acht gelassen, daß zu den Lohnsteuerpflichtigen auch in weitestem Umfange alle Angestellten in privaten und öffentlichen Betrieben gehören, und daß die Einnahmen aus der eigentlichen Einkommensteuer infolge der ungünstigen Geschäftslage naturgemäß eher eine rückläufige Richtung zeigen.“

Es kommt nur darauf an, beweiskräftige Unterlagen dafür zu haben, daß die angebliche Mehrbelastung der niederen Einkommen sich ganz anders darstellt, wenn man diese gesondert von den höheren Arbeitseinkommen betrachtet. Zu diesem Zwecke bitten wir, mit möglichster Beschleunigung die nachstehenden Fragen uns ausgefüllt zurückzuleiten. Bei der großen Bedeutung, welche diese Angelegenheit für die weitere Regelung der Einkommensteuer hat, dürfen wir wohl mit Bestimmtheit auf Ihre Antwort rechnen.“

Es wird dann eine Aufstellung der Lohnsteuer verlangt für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September dieses Jahres, getrennt nach Monateinkommen unter und über 250 M.

Das läßt tief blicken — um mit Sabor zu reden —, liegt aber ganz in der Richtung unserer heutigen „Wirtschaft“, alle Lasten auf die Arbeitnehmer abzuwälzen.

(Gewerkschaftliches siehe auch 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Schriftföhrer: Felix Götter; Redaktionsrat: A. S. Böcher; Redaktionsrat: Fritz Kahlert; Redaktionsrat: Th. Götter; Schriftföhrer: Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 48, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Ab 1. Oktober 1925 verkaufen wir zu unseren Engrospreisen Herren- und Damenstoffe auch an Privalkundschaft. Tuchhaus Ehrig & Tiede Akt.-Ges., Leipziger Straße 104, I. Stock (kein Laden). Geschäftszelt 9-7 Uhr. — Auf Wunsch Zahlungsvereichterung.

Tengelmann's Kaffee-Geschäft

Am Freitag, den 30. Oktober und am Sonnabend, den 31. Oktober

Kaffee-Gratisverteilung

In den unten näher angegebenen Großberliner Verkaufsläden erhält am 30. und 31. Oktober gegen Abgabe nachstehender Gratis-Empfangs-Marken, immer von derselben Sorte, welche gewählt wird, jeder Käufer von

Tengelmann Plantagen-Kaffee

bei 1 Pfund Kaffee 1/4 Pfund Kaffee gratis!
 bei 1/2 Pfund Kaffee 1/8 Pfund Kaffee gratis!



Beachten Sie auch:
Tengelmann,
Kakao, Schokolade,
Pralinen, Zuckerwaren,
aus eigenen Fabriken.

← Gratis-Empfangsmarken →
Ausschneiden u. mitbringen!
Jede Marke gilt für 1/8 Pfund Kaffee.



Beachten Sie ferner:
Tengelmann,
Tee aus eigenen Importen
Keks in reichster Auswahl.
Dörrobst, Teigwaren etc.

Wer nicht probiert — verliert!

<p>Berlin-Nordost: Badstr. 84 Brunnenstr. 89 Invalidenstr. 132 Kastanienallee 1 Kastanienallee 49 Lortzingstr. 28 Reichensdorfer Str. 11 Schönhauser Allee 78</p>	<p>Berlin-Nordwest: Landberger Str. 99 Wilsdr. 79 Wörthner Str. 33a</p> <p>Berlin-Ost: Grüner Weg 82 Königsberger Str. 21 Prenzlauer Str. 40 Weidenweg 63</p>	<p>Berlin-Südost: Grünauer Str. 7 Köpenicker Str. 1 Swaltzerstr. 107 Reichenberger Str. 36 Wrangelstr. 51</p> <p>Berlin-Südwest: Kottbusser Damm 49 Zossener Str. 25</p>	<p>Berlin-West: Bilowestr. 31 Odenstr. 25-26 Potsdamer Str. 141</p> <p>Berlin-Nordwest: Luisenstr. 39 Pausstr. 31 Turmstr. 62 Wilsnacker Str. 29</p>	<p>Charlottenburg: Scharrenstr. 30 Spandauer Str. 29 Passauer Str. 11a Ansbacher Str. 34</p> <p>Friedenau: Lauterstr. 28 Gr.-Lichterfelde-W. Curtiusstr. 56</p>	<p>Malensee: Ringbahnstr. 1</p> <p>Lichtenberg: Simon-Lachstr. 42</p> <p>Neukölln: Hermannstr. 66-67 Hermannstr. 110 Bergstr. 64 Bergstr. 154</p>	<p>Pankow: Breite Str. 26 Rummelsburg: Karlsruher Str. 4</p> <p>Steglitz: Albrechtstr. 16 Schloßstr. 20</p> <p>Schöneberg: Kolonnenstr. 61</p>	<p>Tempelhofer Str. 1 Pallasstr. 21 Grünwaldstr. 72</p> <p>Tegel: Berliner Str. 14</p> <p>Köpenick: Grüner Str. 79</p> <p>Weißensee: Berliner Str. 16</p>	<p>Wilmersdorf: Berliner Str. 134 Bernhardstr. 12</p> <p>Spandau: Potsdamer Str. 25</p> <p>Nowawes: Lindenstr. 87</p> <p>Potsdam: Nauenstr. 49</p>
--	---	--	--	---	--	---	---	--

Das Einwohnermeldeamt



Wer hätte sich dieser so notwendigen Einrichtung nicht schon einmal bedient. Es ist gewissermaßen das Archiv für den Personalbestand aller Menschen, die sich je in ihrem Leben in Berlin aufgehalten haben — mit Ausnahme derjenigen, die das Tageslicht scheuen und es vorziehen, unangemeldet in der Großstadt unterzutauchen. Hier laufen alle Fäden aus sämtlichen Polizeirevierern Groß-Berlins zusammen. Und aus diesem Sammelbecken holen dann die Behörden, öffentlichen Institutionen und die Privatleute sich ihren Bescheid über den einen oder anderen Bürger. Von dem Umfange des Archives, der Personalien toter und lebender Menschen, von dem Ausmaße der hier zu bewältigenden Arbeit geben allein schon ein paar Zahlen eine genügende Vorstellung. In 88 Zimmern sind 48000 Registerblätter aufgestellt und jeder der Risten enthält 400 Registerblätter. Man rechne nach: das bedeutet 19 Millionen Blätter. 300 Beamte sind in dieser Abteilung beschäftigt.

Die Entwicklung des Amtes.

Die Stelle ist im Jahre 1836 auf Grund der Personalstandesverordnung gegründet worden. Damals wurde das Melderegister angelegt, das teils noch heute vorhanden ist. Anfangs waren es nur wenige Tausende, von denen Kenntnis genommen wurde: Geburtsort, Alter — nicht Geburtsjahr — Beruf. Das Jahr 1874 bedeutete einen Wendepunkt. Personaländerungen, die früher nur der Kirche gemeldet wurden, mußten fortan zur Kenntnis des Standesamts gebracht werden: Geburten, Todesfälle, Scheidungen u. dergl. mehr. Das Standesamt hatte aber die Verpflichtung, diese Änderungen sofort dem Einwohnermeldeamt zugehen zu lassen. Hier wurden sie dann auf das Registerblatt eingetragen: Adaptionierungen, Legitimierungen, Ehelicheitserklärungen, Namensänderungen usw. So ist es jetzt möglich, den Stammbaum ganzer Familien zu verfolgen. Nimmt man z. B. aus gerademwohl irgend ein Blatt aus dem Jahre 1836 aus dem Registerkasten, so verfolgt man 30 Jahre hindurch den äußeren Werdegang der Familie. Man sieht, daß der Mann drei Frauen gehabt hat, wieviel Kinder er hatte usw. Im Jahre 1866 ist er aus Berlin verzogen. Hier hört seine Geschichte auf. Die Geschichte seiner Kinder liest man auf anderen Blättern. Diese werden angelegt, sobald das Kind von den Eltern fortgezogen ist oder auch, wenn es zwar noch im Hause der Eltern lebt, sich aber verheiratet hat usw.

Der Registrierapparat.

Täglich laufen aus sämtlichen Revieren die Neuanmeldungen ein. Das Anmeldeformular dient als Unterlage für die Neueintragungen und geht dann ins Revier zurück. Die Wohnungsvorhältnisse bedingen es, daß sehr wenige Neuanmeldungen stattfinden als vor dem Kriege. Die ungeheuren Umzüge, die früher jedes Quartal vor sich gingen, haben aufgehört. Die Zahl der Fremdenmeldungen dagegen, die eine zeitlang sehr abgenommen hatten, ist jetzt wieder fast zur früheren Höhe angestiegen. Täglich sind es 6000 Fremdenmeldungen, 15000 Anträgen und Anmeldungen treffen Tag für Tag ein. Das macht im Laufe des Jahres etwa 680000 Sachen, die zur Erledigung kommen. Etwa 200 Beamte sind allein

an den Registerkästen beschäftigt. Die Eintragungen müssen sofort vorgenommen werden, alle postulischen Anträge werden am Tage des Eintreffens erledigt. Die Anmeldungen und Anträge werden sofort nach ihrem Eintreffen nach verschiedenen Bezirken sortiert, in besondere Fächer gelegt, von hier aus von den in Frage kommenden Beamten abgeholt, die erledigten Sachen in andere Fächer zurückgegeben, wo sie wieder von den Beamten abgeholt und sofort erledigt werden. Berichte, Steuerbehörden, Wohlfahrtsämter, ausländische Konsulate, Privatleute usw. sind es, die das Einwohnermeldeamt in Anspruch nehmen. Im Wartezimmer finden sich täglich etwa 600 bis 800 Personen ein, die verschiedene Anliegen haben, sich nach den Adressen ihrer Verwandten und Bekannten erkundigen, um Bescheinigungen nachsuchen und dergleichen mehr. Die Anfrage wird schriftlich auf bereitstehenden Formularen eingereicht, von hier aus gehen sie in das Verteilungszimmer usw., bis sie eine halbe oder dreiviertel Stunde später zum Ausgangspunkte zurückkehren. Rechnet man, daß 700 Personen täglich etwa 40 Minuten warten, so erhält man 600 Arbeitsstunden. Wieviel Zeit geht aber Tag für Tag durch das Warten bei verschiedenen Behörden und Privatbehörden verloren.

Adressenauskunft.

Der größte Teil der persönlichen Anfragen bezieht sich auf Adressen von Verzagten. Diese können aber nur beantwortet werden, wenn der vollständige Name und das Alter angegeben sind, ebenso die Berliner Wohnung während der letzten zehn Jahre. Bei mangelndem Geburtsjahr wird auf die Anfrage keine Antwort erteilt, da es unmöglich ist, sich durch die Menge der gleichnamigen Registerblätter hindurchzufinden. Aber auch nicht jede Adresse wird mitgeteilt; manche sind auf Antrag der Behörden oder der interessierten Personen aus Sicherheitsrücksichten gesperrt. So z. B. wird dem Inhaber die Adresse seiner früheren Freundin nicht mitgeteilt; dem Belatzungszeugen kann der bestrafte Rechtsanwalt gefährlich werden. Das eigene Melderegister steht Privatpersonen vollkommen zur Verfügung. In bezug auf fremde Melderegister ist die Auskunft sehr beschränkt. Nur die Adressen und das Alter werden mitgeteilt, der Geschäftsmann kann hier erfahren, ob die in Frage kommende Person großjährig ist; ob die Ehefrau selbständig ihre Rechtsangelegenheiten erledigen darf; ob seine Äntin lebendig oder verheiratet ist. Auch über Staatsangehörigkeit wird Auskunft erteilt, nicht aber über die Religion, die ja Privatangelegenheit ist. Dagegen erhalten Behörden, Notare, interessierte Personen in Vormundschafts-, Pfllegschafts- und in Alimentsachen ohne weiteres Auskunft in den letzteren Fällen natürlich nur unter der Bedingung der Vorlegung eines entsprechenden Ausweises. Auskünfte und Bescheinigungen werden aber nicht umsonst erteilt. Laut der Verwaltungsgebührenordnung vom Jahre 1923 muß für jede Auskunft eine Mark erlegt werden. Die Bescheinigungen kosten zwei Mark.

Strafregister.

Neben dem Einwohnermeldeamt befindet sich das Strafregister. Hier ist es aber nicht nur unvollständig, wie bei der Abteilung IV der Kriminalpolizei. Jede Registerkarte enthält den Vermerk, aus

dem zu ersehen ist, ob ein Strafregister angelegt ist. Gehe Anfragen von Behörden, auch von der Kriminalpolizei, ein, so wird zuerst im allgemeinen Register nachgesehen, ob ein Vermerk über das Bestehen eines Strafregisters gemacht ist. Auf Antrag des Publikums werden, unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen, Streichungen im Strafregister vorgenommen; auch gibt es Befehle darüber, unter welchen Umständen die Strafen bekannt gegeben werden dürfen. Laut Reichsgesetz vom 9. April 1920 gelten kleine Strafen bei Jugendlichen bereits nach 3 Jahren als verjährt, Strafen für schwere Verbrechen nach 6 Jahren, für Erwachsene betragen diese Fristen 5 bzw. 10 Jahre. Böllig geübt werden diese Strafen im Register nach Verlauf einer doppelten Zeitspanne, mit der Ausnahme, daß bei Strafen für schwere Verbrechen der Erwachsenen, die Tilgung im Strafregister bereits nach 16 Jahren stattfindet. Eine gewisse Rolle spielt das Strafregister bei Ausstellung von Führungszeugnissen. Diese können nur die in Frage kommenden Personen für sich selbst erhalten. Das Revier muß die Personalien bestätigen; trotzdem kommt es hin und wieder vor, daß Unbefugte sich auf fremden Namen Führungszeugnisse beschaffen. Besonders häufig geschah das während der Militärzeit, als Vorbestrafte sich Kriegsfreiwillig stellen wollten.

So verrichtet das Einwohnermeldeamt Tag für Tag seine ungeheure Arbeitsleistung. Wollte man sich diese Stelle fortdenken, so entstünde ein ungeheures Durcheinander. Zahllose Behörden wären in ihrer Arbeit behindert. Das Zentralsammleramt ist fürwahr das Sammelbecken für den Personalbestand der Berliner Einwohner.

Lehrflüge!

Ein milder Herbstnachmittag auf dem Tempelhofer Feld. Alle halbe Stunde ungefähr kommt ein Flugzeug angeknattert, aus Kopenhagen, aus Königsberg, aus anderen Städten. Hin und wieder steigt auch einer der Kiefenmögel brummend auf, Autos kommen, fahren ab, Menschen hassen in großer Beschäftigkeit über das Feld — so also ungefähr sieht der Bahnhof der Zukunft aus. Nur noch viel intensiver wird das Getriebe sein . . .

Neugierig steht eine Gruppe würdevoller Männer vor der Halle. Dosters steht einer ungeduldig nach der Uhr, tritt nervös von einem Bein aufs andere, bespricht sachkundig oder doch wenigstens so tuend die Wetterausichten, die Luftströmungen. „Geht's nicht bald los? Alles hat ein Ende, auch das Warten. Die Herren bestiegen endlich eines jener großen, grauen Ungeheuer, dem man seine „hohe“ Leistung eigentlich nur wider allen Verstand und alles Gefühl zu traut. Aber man lebt und erlebt ja das Wunder wirklich: den Krach der Propeller, die Schüttelfahrt auf der Wiese, dann das Himmelwärtschweben des Apparates, das Gleiten im All, das Kleinerwerden der Häuser, der Flüsse, der Straßen da unten; die Pünktchenexistenz der Menschlein in der Tiefe. Man erlebt dieses Wunder der Vogelschau und entdeckt über das Wunder hinaus noch taugend interessante Dinge auf der Erde in selten klarem Licht. Das Bild der Erdoberfläche ist das Bild menschlicher Effizienz und menschlicher Kleinlichkeit zugleich, das Bild unserer „Kultur“ und Zivilisation; das Bild unserer Weisheit und Lebenskunst, also vorläufig noch ein ziemlich armseliges, unschönes Bild. Aber man fragt sich, warum bestaunt man sich dieses größte, lebensvollste aller Gemälde so fest? Wäre das nicht oftmals Anregung und Anleitung, vieles, was „auf den ersten Blick“ besser zu machen ist, zu ändern?

Man fragt, man schaut, aber man fragt fast mehr als man schaut: es handelt sich um einen Flug über Berlin, den das Deutsche Archiv für Siedlungsfragen als krönenden Abschluß eines seiner sehrreichen Kurse veranstaltet. Nun befinden sich die Fachleute das erbaute, wilde, planlos angelegte Berlin einmal von oben. Und vieles verdient in baulicher Beziehung in der Tat „von oben herab“ gesehen zu werden.

Zu schnell ist der schöne, erlebnisreiche Flug beendet, jedem ist er unpergeßlich, bei den meisten war's ja auch „der erste“. Aber es bleibt noch etwas anderes als die schöne Erinnerung, es bleibt der Wunsch nach häufiger Wiederholung. Ein Wunsch, nicht im eigenen, sondern im Interesse der Allgemeinheit gehegt. Der „Ehrstflug“ muß einmal Selbstverständlichkeit sein, er wird auch einmal Selbstverständlichkeit sein. Aber der Blick in eine helle Ferne kann in düsterer Gegenwart nur matter Trost sein. Und weil es

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Und dies beruhigte ihn. Er ließ die Pferde, die nach geschwitzt waren und weißen Schweiß ins Zaumzeug schäumen, in ruhigere Gangart fallen.

Der hinten hockende Pferdejunge atmete auf; nun brauchte er sich nicht mehr so festzuklammern, nun konnte er mit den Augen die Mädels abweiden, die, den Schulranzen auf dem Rücken, jetzt den der Stadt vereinzelt vorgestellten Häusern zustrebten.

Die Mittagsglocke der großen katholischen Kirche läutete und von der kleineren evangelischen sekundierte dünn das Glöckchen, als der Wagen über das holprige Pflaster einrasselte. Schluß. Jetzt war gerade die beste Stunde, den Direktor abzufassen, und dann nachher den Jungen und Witkowski. Der Ungebuldige nahm sich nicht die Zeit, beim Arzt vorzusprechen, obgleich er bei Doktor Jarzewowski vorbeifuhr. Er hielt nur einen Augenblick beim Hotel von Goldenring an, das trüblich und schmutzig aber mit einer großen Ausspannung, in der Straße am Markt lag, um mehrere Schnäpse herunterzustürzen, die ihm der kleine Kellner, eine schmutzige Serviette unter dem Arm, untertänig hinausreichte. Rasch weiterrastend gegen alle Vorschrift — in den Straßen der Stadt mußte langsam gefahren werden, obgleich sie verödet lagen wie ein Kirchhof — war er bald an dem immerhin stattlichen Bau des Gymnasiums. Ein paar jüngere Knaben, die wohl hatten nachbleiben müssen, gafften neugierig nach dem großen und dicken Mann. Der ließ sich schwerfällig vom Bock herunter, warf dem beifpringenden Jungen die Zügel zu: „Spann aus bei Goldenring. Warte. Ich komme zu Fuß.“ und stieg dann die Steintreppe zum hochliegenden Eingangsportal hinauf. Es wurde ihm sauer, er merkte es jetzt erst selber, daß er erregt war. Das Atmen wurde ihm beschwerlich, er ärgerte sich über sich: mein Gott, was war denn weiter dabei, hier diese Treppe war schon mancher Vater heraufgestiegen, mit einer größeren Sorge auf dem Herzen, als er sie zu haben brauchte. Nur voran, voran!

Als er einen langen hallenden Gang durchschritten hatte und an die Tür des Sprechzimmers klopfte, war die Atemknappheit wieder weniger lästig geworden, mit erleichteter Brust und einem jovialen Grus trat er ein.

Die beiden Männer schüttelten sich die Hände. Der Schulgewaltige war immer sehr leutselig, besonders gegen die Herrschaften vom Lande; er mußte aus langjähriger Praxis,

daß es nicht leicht für Eltern, die auf Gütern leben, war, die Erziehung der ihnen naturgemäß etwas entrückten Kinder so zu gestalten, daß sie auch gute Resultate erzielt. Er mußte schon im voraus die Beschwerden und — die Entschuldigungen, die ihm auch dieser Vater vorbringen würde. Und er sah auch etwas wie Angst in den zugewollenen, unruhigen Augen aufdämmern. Direktor Bogenbüsch redete klug und gewandt; er wollte es durchaus mit keinem Vater verderben, durfte das auch nicht, das Gymnasium war nicht hervorragend besucht, und mit den Besitzern der Umgegend, die ihre Söhne herschickten, mußte man hauptsächlich rechnen. Er erkundigte sich eingehend nach dem Befinden der Frau Gemahlin, und dann lobte er die Fähigkeiten und das angenehme Äußere des Schülers. „Aber, aber“ — er zog die Stirn kraus und blickte sorgenvoll.

„Was aber?!“ Der Vater fuhr los. „Der Junge ist faul, nicht wahr?“

Faul — das konnte man nicht gerade sagen, das war nicht die richtige Bezeichnung für ein gänzlich uninteressiertes Dastsein, und eine gewissermaßen beleidigende Nachlässigkeit, mit der der Schüler seinen Schulverpflichtungen nachkam, vielmehr nicht nachkam. „Er paßt nicht auf, er sitzt und blickt abwesend, er denkt an andere Dinge — vielleicht an Situationen, an Orte, die er lieber noch nicht“ — der Direktor unterbrach sich. Das gutmütige Gesicht vor ihm hatte sich sehr verändert, es war drohend, leidenschaftlich, fast wild geworden.

„Ich schlage den Jungen tot, schlage ihn tot!“

„Aber, aber!“ Der Schulmann legte dem Vater beschwichtigend die Hand auf. „Wie können Sie nur das Kind so mit dem Bock ausschütten! Der junge Mann hat Entschuldigungen. Der junge Mann ist eben etwas alt für die Schulbank, er mußte normalerweise mit der Schule eigentlich schon fertig sein — was wollen Sie, viermal sitzen gelassen, zwanzig Jahre! Das ist schwer für uns, schwer für ihn. Trotzdem müssen wir ihn nochmals zurückstellen. Ich habe ihm das unter den Fuß gegeben und mich bei Ihnen ja ganz offen darüber ausgesprochen. Es ist ratfamer, er wartet noch ein halbes Jahr mit dem endgültigen Abschluß, als daß er durchs Examen fällt.“

„Durchs Examen fällt.“ wiederholte der Vater und nickte.

„Ich denke, mit einiger Nachhilfe wird er es dann schon schaffen. Und wenn er vor allen Dingen seine Moral zusammenrafft und Orte meidet, Orte“ — der Direktor räusperte sich.

Der Vater fuhr auf: „Was für Orte? Läuft er ins Wirtshaus, trinkt er, spielt er?“

„Das wäre gewiß zu tadeln, aber doch nicht in gleichem Maße. Es ist den Schülern unserer Lehranstalt zwar strengstens untersagt, ein Wirtshaus zu betreten, aber leider“ — der Direktor zuckte resigniert die Achseln. Dann lächelte er sichtlich: „Sofern das nicht ausartet, bin ich schon eher geneigt, da ein Auge zuzubrücken; es gibt wenig Vergnügungsmöglichkeiten für die Lebensgenie der jungen Leute in der sterilen Enge“ — er verbesserte sich rasch: „in der etwas eintönigen Stille unserer Kleinstadt. Aber dagegen muß ich den schärfsten Protest einlegen — gegen den Besuch von Orten, Orten“ — er stotterte wieder, sein Gesicht war sehr streng geworden, sehr abweisend. Und nun räusperte er sich abermals, als wolle er Zeit gewinnen, die bestmögliche Ausdrucksform zu finden.

Die Angst in den unruhigen Augen des Vaters wurde groß, wurde immer größer: „Sagen Sie mir, Herr Direktor — Sie sagen „Orte, Orte“ — Sie schreiben „Weisbilder“ —“

„Rein, das schrieb ich nicht“, verbesserte der Schulmann, „ich muß sehr bitten, das schrieb ich nicht.“

„So sagen Sie denn schon in drei Teufels Namen endlich, was los ist! Orte, Orte — machen Sie mich nicht verrückt mit Ihren Andeutungen. Ich will es wissen. Orte, Orte — wenn es hier ein“ — Berndorff sprach es nicht aus, das deutlich bezeichnende Wort, konnte es nicht aussprechen vor innerer Angst, vor einer ihn schon unbewußt peinigenden, jetzt aber plötzlich zu voll bewußter Klarheit erwachten Erinnerung: sein Bruder! Der Stolz des Vaters, die Freude der Mutter, der Älteste von sieben, mit zweiundzwanzig Jahren schon ein Mensch, der vollständig auf eigenen Füßen stand. Und liebenswürdig, hübsch! Ueber der Mutter Nähtisch hatte sein Bild gehangen, sie nahm es manchmal herab, hielt es in der Hand, und dann weinte sie vor sich hin. Ganz klar war er nie dahinter gekommen, was mit diesem Bruder gewesen war und warum er sich erschossen hatte. Hermann war damals noch ein Kind gewesen, aber Pelagios, die alte Kinderfrau, die noch auf dem Gut war, die hatte geweint und gestöhnt und die Hände gerungen: „Ach solche Weiber — mein armes Jungchen, — weh, solche Weiber, ach, ach, daß der ferne Blyß sie zerfremdet!“ Das hatte ihn lange mit grauender Neugier erfüllt. Der Vater hatte niemals von diesem Sohn gesprochen, die Mutter auch nicht — vergessen — nun war er auf einmal wieder da. Da stand er! Jung, wenig älter als Manfred, und er hob warnend den Finger.

(Fortsetzung folgt.)

so wichtig ist, daß jeder sieht, was wirtschaftlich und sozial gesündigt wurde und wird — Berliner Beispiel: Straße Kurfürstendamm — Wedding! — und was hier wieder gutzumachen ist, weil aus der Vogelschau nicht nur das Schöne, sondern auch das Elende überdeutlich erkennbar ist — deshalb ist es Pflicht, alles zu tun, daß der Gedanke des Lehrfluges populär wird, der Gedanke und die Praxis!

Aus Holland kommt eben eine hübsche Nachricht: Eine Schulse in der Nähe von Rotterdam hat einen „Ausflug“ in der wahren Bedeutung des Wortes unternommen. Der Vorschlag, der von einem zahlkräftigen Gönner ausging, stimmte Eltern und Lehrer zunächst bedenklich, schließlich aber willigten beide Teile ein und mit jubelnder Rinderschär betrachteten herb sie mehrere Passagierflugzeuge an einem dieser herrlichen Herbsttage in lächle Himmels Höhen. Ueber Städte, Dörfer, Gärten, Teiche, Kanäle, Felder ging die Fahrt, allen war sie eine große Freude, allen ein großes Erlebnis, aber sicher auch eine Bereicherung des Wissens, des Geistes überhaupt.

Es braucht nicht näher bewiesen zu werden: der Lehrflug ist Propaganda und Unterricht zugleich, er lehrt uns unsere Heimat lieben und doch dabei kritisch beurteilen, er ist ein Kulturermittler edelster Art — deshalb sei die Parole: Fliegen und fliegen lassen!

Eine Hugo Preuß-Gedächtnisfeier.

Der Erinnerung an den Schöpfer der Reichsverfassung, dem Gedanken an den Menschen, die Politik, Wissenschaft und Politik Hugo Preuß galt eine Veranstaltung, die gestern abend der Jungdemokratische Verband Groß-Berlins in das ehemalige Herrenhaus einberufen hatte. Dr. Ernst Feder, der Redakteur des „Berliner Tageblatts“ und ein Freund des Verstorbenen, hielt die Gedächtnisrede.

Schlucht und Anfach malte er das Bild seines Freundes, eines der wenigen Deutschen, die Politik, Wissenschaft und Menschsein zu vereinen wußten. Treue gegen sich selbst war der Generalmotto, in dem das Wesen Hugo Preuß' ausging. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, daß er die damals gesteckten Ziele verfolgte, ohne nach links oder rechts zu schauen. Seine Entwicklung war eng mit Berlin verbunden. Hier war er geboren, hier hatte er studiert, mit einer kurzen Unterbrechung in Heidelberg, und hier entfaltete sich später das Wirken des Mannes. Leider hat er niemals die wissenschaftlichen Grade erreicht, die seine hervorragende Begabung verdiente. Er blieb immer nur der Privatdozent. Preuß war auch als Gelehrter ein Mann, der nur tat, wozu ihn seine innere Stimme trieb. Immer wieder suchte er die Vertiefung mit dem gegenwärtigen Leben, nie verlor er in trodene Fachwissenschaft. Neben einem ungeheuren Wissen und Können auf politischem und juristischem Gebiet verband er einen klaren Stil, der die Dinge nannte, wie sie genannt werden mußten. Neben wissenschaftlichen Werken schrieb er Aufsätze in Tageszeitungen und wissenschaftlichen Journalen. Sein bestes Buch ist sicherlich „Die Entwicklung des deutschen Städtetums“, in dem er nicht nur eine Darstellung der städtischen Verfassung gibt, sondern eine umfassende Geschichte des deutschen Bürgerturns selbst. Und hier zeigt sich die Charakteristik des ganzen Menschen. Selbst hier, in dieser geschichtlichen Darstellung, sucht er leidenschaftlich die Beziehungen zur Gegenwart. Das Buch ist eine Anklage gegen das Bürgerturn, das es nie verstanden hatte, sich durchzusetzen. Vor ungefähr 40 Jahren begann Preuß in Theodor Barth's „Nation“ zu publizieren. Und von diesem Augenblick an gehörte er zu den Kreisen liberal gesinnter Männer, die sich um Barth sammelten. Preuß war immer ein Gegner jeder leeren Diskussion. Er hatte immer Ziele, die er zu verwirklichen trachtete. Für ihn war die Hauptfrage der Kampf gegen das alte bürgerliche Junkertum. Notwendig erschien ihm ein Zusammengehen des Liberalismus mit der Sozialdemokratie. Schon damals erkannte Preuß die Schwächen des liberalen Bürgerturns, das sich an einzelnen Fragen jersplitterte und dem der große Zug fehlte. Preuß ist nie ein Bierschreiber gewesen, jede seiner Arbeiten bleibt formvollendet. Bange feilte er an den Sägen, und selbst Aufsätze für Tageszeitungen wurden nur in zögerlicher Arbeit hergestellt. Sein Wunsch ging immer dahin, ins Parlament zu gelangen. Frühzeitig bewarb er sich darum, denn er fühlte von Anfang an das Bedürfnis des Staatsmannes in sich, den Staat nach seinen Ideen zu leiten. Seit 1895 war er Stadtverordneter in Berlin. Vor allem interessierten ihn hier die Schulfragen, unter anderem die Stellung der Religion im modernen Schulunterricht. Aber eine weitgehende politische Betätigung blieb ihm verweigert. Selbst als er nach der Revolution dazu berufen wurde, die Verfassung des Reiches auszuarbeiten, warfen ihm die Gegner sein Judentum vor. Von Jugend an beschäftigte ihn das Problem der Reichsverfassung. Schon während des Krieges machte er Vorschläge zur Änderung der Verfassung. Hinter der Fassade des Kaiserturns sollte ein reiner Parlamentarismus stehen. Dieser Entwurf wurde 1917 als Manuskript gedruckt, blieb aber einflusslos. Erst als es zu spät war — im Herbst 1918 —, kam man darauf zurück. Gleich nach dem Zusammenbruch gründete Preuß die neue Deutschdemokratische Partei. Damals erhob er Einspruch gegen die Weimarer Herrschaft der Sozialdemokraten. Aber trotzdem bot Oberst ihm die Stellung als Staatssekretär des Innern an. Sofort begann er mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes, und schon im Februar 1919 konnte Preuß den fertigen Entwurf vorlegen, der ein halbes Jahr später in der dritten Lesung angenommen wurde. Dieses bedeutete den Höhepunkt seines Schaffens, und er selbst erklärte, daß dies seine arbeitsfreieste Zeit gewesen sei. Der Unterzeichnung des Verfassers Vertrages widersetzte er sich mit allen Kräften und schied aus der Regierung aus, als die Mehrheit die Unterzeichnung forderte. In seinem ersten Entwurf war die Reichsverfassung tatsächlich die eines einheitlichen Nationalstaates. Aber wie vor ihm der Freiherr v. Stein, so scheiterte auch er an dem Partikularismus der einzelnen Staaten. Der unermüdliche Arbeiter hat sein größtes schriftstellerisches Werk, den Kommentar zur Deutschen Verfassung, nicht vollenden können. Der Verfasser starb noch Vollenbung des ersten Bandes. — Musikalische und rezitatorische Darbietungen eröffneten und schlossen die erhebende Feier.

Das Hindernis auf dem Weise.

Durch die Aufmerksamkeit eines Lokomotivführers wurde ein Unfall bereitet, das auf die Bödower Kleinbahn geplant war. Am Dienstag abend um 7 1/2 Uhr ein Güterzug, der von Johannisthal nach Spandau-West fuhr, die zweite Kurve dieser Strecke passierte, bemerkte der Lokomotivführer einen großen dunklen Gegenstand quer auf dem Schienenstrang. Es erfolgte ein heftiger Zusammenstoß und nur durch scharfes Bremsen gelang es, den Güterzug zum Halten zu bringen. Es ergab sich, daß man auf einen Platten- oder Bahnmittler gestoßen war. Zweifellos ist dieser Arbeitswagen von verbrecherischen Händen quer auf das Gleis gebracht worden. An der Fortbewegung des schweren Fahrzeuges sind unbedingt mehrere Personen beteiligt gewesen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Weil er Was stehlen wollte.

Der rätselhafte Tod des Arbeiters Adolf Wenzlop aus der Balladenstraße 17, über den wir bereits berichtet, hat jetzt seine völlige Klärung gefunden. Gestern nachmittag fand im Schaufenster die Obduktion der Leiche statt, die einwandfrei ergab, daß Wenzlop an Gasvergiftung gestorben ist. Die von seiner Frau entnommenen Blutproben haben dasselbe Resultat gezeigt. Da von vornherein mit der Möglichkeit gerechnet wurde, daß die Gasleitung der Wohnung eine unrichtige Stelle aufwies, so veranlaßte Kriminalkommissar Dr. Berndorff ihre genaue Prüfung durch Beamte des Gaswerkes. Hierbei wurde festgestellt, daß Wenzlop versucht hatte, die Gasuhr festzustellen und so das Wert über seinen

wirklichen Gasverbrauch zu klären. Bei seinen Manipulationen an dem Gasometer ging er so ungeschickt zu Werke, daß er die Leitung an mehreren Stellen beschädigte. Seine Frau, die ihn wiederholt gewarnt hatte, daß aus seinem Treiben noch einmal Unheil entstehen werde, fand für ihre Vorstellungen kein Gehör. Tatsächlich sind ihre Befürchtungen zur Wahrheit geworden. Die Menge des ausströmenden Gases genügte, um den Tod des Mannes herbeizuführen.

Ein Wiedersehen.

Der verhängnisvolle Unglücksfall.

Ein trübes Wiedersehen von Vater und Tochter nach 5 Jahren gab es gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg. Die Tochter sah weinend auf der Anklagebank, um sich wegen Betrugs zu verantworten, während der Vater, ein 65jähriger ehrfurchter Arbeiter, bekümmerten Blickes zu seiner auf die schiefe Bahn geratenen Tochter hinüberblickte.

Charlotte B. war jahrelang als Baronin Flonta von Tschalkoff aufgetreten und hatte über ihre Herkunft ein mystisches Dunkel verbreitet. Sie, die als Tochter eines ehrfurchter Arbeiters in Berlin geboren war, behauptete, aus Palermo zu stammen und die Witwe eines in Hamburg durch Selbstmord geendeten russischen Barons von Tschalkoff zu sein. In Russland sollten ihre Besitzungen liegen und in Berlin hatte sie angeblich eine prächtig eingerichtete Wohnung. Mit diesen Erzählungen reiste sie in der Welt umher, knüpfte Bekanntschaften mit Frauen an und ließ sich aus augenblicklicher Geldverlegenheit helfen. Nachdem sie in Breslau und anderen Orten wiederholt Gefängnisstrafen erhalten hatte, setzte sie ihre Hochstapeleien nach derselben Methode fort. Zeitweise trat sie auch als Filmdiva und als eine Gräfin Orlov auf. Es gelang ihr immer wieder, Männer in ihre Netze zu ziehen. Kürzlich hatte das Schöffengericht Charlottenburg bereits über die Schwindlerin eine neue Gefängnisstrafe von 1 Jahr 9 Monaten verhängt. — Jetzt kam noch ein Nachtragsfall zur Aburteilung. Sie hatte in Breslau nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis einen Kellner H. kennengelernt und mit diesem ein Verhältnis angeknüpft. Im Vertrauen auf die Besitzungen in Russland und auf den in Berlin angeblich im Bankrot liegenden Vermögensstand hatte sich der Liebhaber verleihen lassen, seiner Freundin seine gesamten Ersparnisse in Höhe von 200 000 M. zur Verfügung zu stellen. Der Traum des Propagandachefs zerrann bald, denn nach Empfang des Geldes war die „Gräfin“ verschwunden und er mußte erfahren, daß er einer Betrügerin in die Netze gegangen war.

Der Vater der Angeklagten, der so wenig Freude an seiner Tochter gehabt hatte, bedauerte, daß sie als Kind immer brav gewesen sei. Im Jahre 1917 war sie Stenotypistin bei einer Automobilgesellschaft in Oberschöneweide und erlitt einen Unfall durch den Einsturz eines Glashauses. Sie kam daraus nach Bad Nauendorf, und seit diesem Unfall war sie wie umgewandelt. Sie erzählte die phantastischsten Dinge über ihre vornehmen Bekanntschaften und blieb wochen- und monatelang von Hause fort, so daß die besorgten Eltern sich im Jahre 1918 an die Vermittlungszentrale wendeten. Seit fünf Jahren hat der Vater seine Tochter nicht gesehen. Auf Antrag des Verteidigers war die Angeklagte inzwischen auf ihren Geisteszustand untersucht worden und Sanitätsrat Dr. Pappmann erstattete ein Gutachten. In diesem bestritt er, daß die Verletzungen bei dem Einsturz des Glashauses bei der Angeklagten eine Gehirnverletzung hervorgerufen hätten. Wohl aber sei dadurch eine hysterische Reaktion eingetreten. Ein gewisser Hang zur Phantasterei habe wohl schon immer in ihr geschlummert und sie sei zweifellos psychisch minderwertig. Das Schöffengericht sahte den vorliegenden Fall nicht so schwer auf wie die anderen Betrügereien. Der Geschädigte habe einen großen Teil selber schuld, denn er konnte doch unmöglich die phantastischen Erzählungen seiner Freundin für wahr halten. Deshalb erkannte das Gericht nur auf eine Zusatzstrafe von 3 Monaten Gefängnis, so daß gegen die Angeklagte eine Gesamtsstrafe von 2 Jahren Gefängnis festgesetzt wurde, wovon 5 Monate in Abrechnung kamen.

Spreepiraten.

Zwei Spreepiraten wurden in einer der letzten Nächte vom Reichswasserschuh festgenommen. Gegen 2 Uhr machten zwei Männer den Ruderkahn einer Baufrma, der an deren Wasserfront in der Nähe der Schillingstraße lag, los und fuhren stromaufwärts. Am „Café Allen“ in Treptow machten sie fest und verhafteten, in die Räume einzudringen. Der Besitzer des Cafés aber nahm sie wahr und verschauerte sie. Ein Parouillendoot des Reichswasserschuhes, das sich auf einer Streife befand, nahm sofort die Verhaftung auf, veranlaßte die Flüchtenden durch einige Schreihüsse zum Halten und nahm sie fest. Mehrere Sachen, die sie auf der Flucht ins Wasser geworfen hatten, fischten die Beamten wieder heraus, einige Sweater und andere Dinge, die die beiden auf früheren Bootfahrten mitgebracht hatten. Die Spreepiraten wurden in der Oberpreese festgehalten. Die Entpappen, die vor 14 Tagen schon einmal vom Reichswasserschuh verfolgt worden, aber aus Land entkommen waren, wurden als ein einundvierzigjähriger Paul Perschke und ein gewisser Rudi Diebert festgesetzt. Mitteilungen zur weiteren Klärung ihres Treibens nimmt Kriminalkommissar Albrecht, Dienststelle B. 3. 14 entgegen.

Das Schmerzenskind der Hochbahnstrecken.

Man schreibt uns: Die Diktate der Berliner Hoch- und Untergrundbahn scheint ein besonderes Schmerzenskind der Gesellschaft zu sein; denn was den Verkehr zwischen den Stationen Kottbusser Tor und Hallesches Tor anlangt, ist das Herumkurieren an dem Bahnhöfen kaum zu überbieten. Seit etwa 5-6 Jahren ist diese Strecke noch nie mit der vollen Geschwindigkeit befahren worden. Mal muß der Zug hier, mal da langsam, in letzter Zeit sogar ganz langsam fahren. Den Fahrgästen wird so seit Jahren Zeit weggenommen. Offenbar läßt sich die Gesellschaft auf dieser Strecke besonders viel Zeit; denn sonst wäre nicht zu verstehen, daß die Arbeiten überhaupt kein Ende nehmen. Was sagt die Aufsichtsbehörde zu diesen allmählich unerträglich werdenden Zuständen?

Die neue Verkehrsart der Berliner Straßenbahn — Winter 1925 — ist soeben erschienen und bei den Schaffnern und Betriebsaufsehern erhältlich. Die Karte ist in Dreifarben druck hergestellt mit unterlegtem Stadtplan. Die Straßenbahnlinien mit ihren Nummern sind rot gedruckt. Zu der Verkehrsart wird Lose ein Straßenverzeichnis abgegeben. Der Preis der Verkehrsart mit Fahrplan und Straßenverzeichnis beträgt 10 Pf.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 29. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5.30-6 Uhr nachm.: Konzert. 7 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Oberingenieur Siegfried Hartmann: „Quellen der Kraft“. 3. Vortrag. „Rückblick und Ausblick“. 7.30 Uhr abends: Ingenieur Otto Schweizer: „Die Bedeutung der Gewerkschaften für Volk und Staat“. 8.10 Uhr abends: Direktor Friedrich Georg Knöpfke: „Zwei Jahre deutscher Rundfunk“. 8.30 Uhr abends: Sendespiel. Abteilung Schauspiel. Leitung: Alfred Braun. Spielzeit 1925/26. 3. Veranstaltung. Zur Feier des Geburtstages der Funkstunde. „Das Drama der letzten 90 Jahre“. 2. Abend (Strindberg-Wedekind). „Der Holländer“, von August Strindberg (Erstaufführung) in zwei Akten. Der Holländer: Theodor Loos; die Mutter: Ika Gruning; Ukko: Hugo Böllin; Lilith: Liselotte Denner. „Der Kammersänger“, von Frank Wedekind, in einem Akt. Gerardo, k. k. Kammersänger: Alfred Braun; Frau Helene Marowa: Johanna Hofer; Professor Dühring: Meinhard Maur; Miss Isabel Coourne: Eva Holberg; Müller, Hotelwirt: Alfred Fischer. Ein Hotelgänger, ein Liftjunge, eine Klavierlehrerin. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik.

Schüsse und Steinwürfe auf fahrende Züge.

Ein Aufruf an das Publikum.

In letzter Zeit ist wieder häufiger beobachtet worden, daß auf fahrende Züge geschossen oder mit Steinen geworfen wurde. Die Reichsbahndirektion Berlin bekämpft diesen Unfug mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie hat besonders Streifen von Eisenbahn- und Polizeibeamten zur Ermittlung der Täter gebildet. Alle Fälle werden auch einer besonderen Kriminalstelle beim Polizeipräsidenten zur weiteren Nachforschung gemeldet. Die Schulleitungen sind angewiesen, die Kinder auf das Verwerfliche derartiger Handlungen aufmerksam zu machen, ihnen das Werfen mit Steinen und Bällen sowie den Gebrauch von Schleiern und Luftbüchsen in der Nähe von Eisenbahnfahrplätzen zu verbieten und etwa ermittelte Täter in strenge Schulstrafe zu nehmen. Alle Maßnahmen haben aber wenig Erfolg, wenn nicht auch das Publikum sich an der Ermittlung der Täter beteiligt. Die Reichsbahndirektion Berlin gewährt für die Namhaftmachung derartiger Täter Belohnungen bis zu 1000 RM. Das Publikum wird daher dringend gebeten, die Eisenbahn in dem Bestreben, dem Unfug zu steuern, weitestgehend zu unterstützen.

Achtung! Stadtverordnetenfraktion!

Heute, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, Sitzung der Fraktion im Zimmer 109.

Selbstmord eines Potsdamer Regierungsrates. Eine Tragödie hat sich gestern im Hause Stadtheide 25 in Potsdam zugetragen. Die Gattin des dort wohnenden 43jährigen Regierungsrates v. Dallwitz kam gestern nacht aus Oberschöneweide zurück und fand, als sie ihr Wohnzimmer betrat, an einen Spiegel gesteckt einen Zettel mit der Aufschrift: „Vorsicht, Gasbrennen offen!“ Frau v. D. eilte in die Küche und fand dort zu ihrem Entsetzen ein Ruhebett vor den Herd geschoben. Auf diesem lag der Regierungsrat mit einem Gasflausch im Mund tot da. Die Leiche ist beschlagnahmt worden. Der Verstorbenen war beim Versorgungsgericht in Potsdam tätig und sollte versetzt werden.

Laubeneubrecher. Unter solcher Flagge segelten zwei Laubeneubrecher, die die Kolonien im Südosten Berlins umfassen machten und fährlich mit großer Beute abgefahrt wurden. Der eine nannte sich Robert Horning, der andere Schül. Der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei ermittelte jetzt Horning als einen Franz Geisen und Schül als einen Karl Krause, der auch schon länger gesucht wurde. Der wirkliche Robert Horning lebt als unbescholtener Mann in Dortmund, wo ihm seine Papiere gestohlen worden sind.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr vor dem Hause Pringensstr. 19. Dort wurde der 16 Jahre alte Hausdiener Kurt Reichling, Urbanstraße 23, von einem Straßenbahnwagen der Linie 41 erfasst und überfahren. Durch einen unglücklichen Zufall kam der junge Mann, der sich auf dem Heimweg mit seinem Fahrrad befand, in die Schiene, verlor das Gleichgewicht und stürzte um. Der Straßenbahnfahrer konnte seinen Wagen nicht rechtzeitig zum Halten bringen und überfuhr den Verunglückten. Mit schweren Verletzungen wurde er in das Krankenhaus am Urban gebracht, wo sofort der linke Fuß amputiert werden mußte. Der junge Mann liegt in sehr bedenklichem Zustande da.

Belehrungsanstalt Groß-Berlin. Sonntag, den 15. November: „Reinliche Rebell“ im Staatlichen Schiller-Theater. Preis pro Karte 1.20 RM, Kleiderablage und Theaterzettel frei. — Proletarische Feiertage am Sonntag, den 8. November, im Großen Schauspielhaus, Kartstraße: „Die Revolution“. Preis der Einzeltickets 1.20 RM. Im Abonnement alle fünf Veranstaltungen 4 RM. Die noch ausstehenden Zeichnungskarten müssen spätestens zurückgeführt werden. — Am Sonntag, den 1. November, abends 8 Uhr, liest der Arbeiterdichter Heinrich Lerch aus eigenen Werken in der Aula des Andreas-Realschulturns, Köpenickerstr. 76. Preis pro Karte 50 Pf. zu haben im Bureau des Bekehrungsanstalt, Lindenstr. 3, Hof II, 2 Tr. — Karten für die Sächsische Oper aus ermäßigten Preisen für Freitag, den 30. Oktober, Montag, den 2. und Dienstag, den 3. November.

Museumführungen. Sonntag, 1. November, 10 Uhr vormittags, finden amtlliche Führungen im Allen Museum (Gildesheimer Straße, Dr. Käster) und im Kaiser-Friedrich-Museum (Deutsches Barock, Direktor Demmler) statt. Zutritt frei zu je 50 Pf. End vor Beginn der Führungen am Eingang der betreffenden Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Das Volksbildungsamt Reinickendorf veranstaltet am Freitag, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Hermsdorf, Restaurant Debusse, ein Konzert des Mozart-Jugendchors. Zum Vortrag gelangen vierstimmige Chöre von Mozart, Weber, Mendelssohn-Bartholdy u. a., sowie die Ballade für Sprecher „Der Glockenguss von Breslau“ und weitere Deklamationen.

Englisch, Französisch, Spanisch. Anfang November beginnen in der Sprachschule für Proletarier die letzten der diesjährigen fremdsprachlichen Kurse in Englisch, Französisch und Spanisch, sowohl für Anfänger als auch für Teilnehmer mit Vorkenntnissen. Der Unterricht findet wöchentlich einmal abends in Schulen des Zentrums und auch in Neubän statt. Anmeldungen für das Zentrum Berlins heute abend von 6-8 Uhr in der Schule Gipsstraße 23a (nahe Bahnhofs Böse und Alexanderplatz), für Neubän abends von 6-8 Uhr im Regium Richardplatz (Seitenzuggang).

Orgelkonzerte im Dom. Das nächste Orgelkonzert von Prof. Walter Fischer findet am Donnerstag, den 29. Oktober, 8 Uhr abends im Dom statt. Es wirken mit Hilde Meyer, Sopran, und Prof. Adalbert Guckow von der Staatsoper, Violon. Programm 50 Pf., berechtigt zum Eintritt.

Die europäische Fahrplankonferenz.

In der vergangenen Woche fand im Haag die europäische Konferenz zur Beratung des Fahrplans für das Jahr 1926 statt. Es waren dabei die Eisenbahnen Europas fast ohne Ausnahme vertreten. Vereinbart wurde, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände erfährt, u. a. die Einlegung eines neuen täglich verkehrenden Schlafwagenzuges zwischen Basel und Hamburg-Berlin über Göttingen an Stelle des Ständingavien-Schweiz-Eggpreßzuges; die Einlegung eines neuen Luxuszugpaars Paris-Berlin-Warschau; Wiederaufnahme des früheren Nord-Eggpreßzuges dreimal in der Woche; die Schaffung einer neuen Nacht Schnellzugverbindung Prag-Wünchen mit Anschlag nach und von der Schweiz, sowie eines neuen Tages Schnellzugpaars Paris-Wünchen mit Durchgangswagen nach und von Salzburg. Die nächste europäische Fahrplankonferenz soll in Deutschland, und zwar im Oktober 1926 in Baden-Baden stattfinden.

Ein deutscher Dampfer gestrandet. Nach einer aus Polokama hier eingetroffenen Meldung ist der deutsche Dampfer „Gabeland“ an dem Wellenbrecher von Polokama gestrandet. Der Bug des Schiffes ist eingedrückt, und Raum I steht voll Wasser. Schlepper und Leichter befinden sich an der Unfallstelle.



PIXAVON - HAARPFLEGE

auf wissenschaftlicher Grundlage, die größte Wohltat, die Sie Ihrem Haar erweisen können.

Große Flasche M 2.50
kleine Monats!

Schiffersprache.

Eine Jungengeschichte von Karl Danz (Bremen).

Im Hafen sind Schwarze und Kulis und Stallener, sagt Hein. Alle sprechen eine andere Sprache, aber er kann sie alle. Und er kann mit den Schiffen sprechen, und sie verstehen ihn.

Wir wollen hin, und ich will sie lernen, habe ich gesagt. Aber Hein hat gelacht.

Der Hafen ist abgeperrt. Man darf nicht rein, die Polizei will es nicht. Bloß, wenn man eine Hafentarte hat.

Hein hat keine Hafentarte, aber er kommt doch rein, sagt er. Wir können es doch versuchen, hab' ich gesagt. Vielleicht kommen wir mit den Großen durch.

Aber er lacht bloß darüber und sagt, ich hab' keine Ahnung. Die Eisos paffen auf wie die Luchse. Man muß wohl schant durchgehen, aber es ist ein Kniff dabei. Wer den nicht kennt, den schnappen sie. Er hat mir den Kniff aber nicht gesagt.

Da hab' ich ihm meine Faust unter die Nase gehalten und hab' gesagt: Den Kniff, oder...!

Schneid' du mir auch Gras für meinen Hanf, Peter? Klar, hab' ich gesagt. Da hat er mir den Kniff gezeigt.

Wir sind nach dem Schuttberg gegangen, draußen hinter der Wollkammer. Da hat er sich einen alten Eßkessel gesucht, mo kein Boden drin war und kein Deckel dabei. Und einen kaputten Teller drauf gelegt und gesagt: Such dir auch so was.

Ich hab' ein Kochgeschirr ohne Henkel gefunden und hab' mir einen Draht zum Tragen dran gemacht.

Hein, sagt Hein. Jetzt wird Eßträger martiert. Wir müssen nun unsere Badders Essen hinbringen, die arbeiten im Hofen.

Du sagst doch, du hast gar keinen Vater, Hein? Mensch, Peter, du begreifst auch gar nichts. Ruck doch, wie die da es machen.

Vor uns sind ein paar Frauen und Deerns gewesen, und der Posten am Hafeneingang hat gerade in den einen Kessel reingekuckt. Blumm und Klütjen! hat die Frau zu ihm gesagt. Willt Sie 'n Siag abhebben?

Da haben alle gelacht und sind durchgegangen. Ru ist es Zeit, sagt Hein.

Er also frech hinterher und ich auch. Angst hab' ich ja mächtig gehabt, aber der Posten hat nichts gesagt, und der Zollmops hat nicht mal herguckelt.

Da sind wir denn mit unseren leeren Eßkesseln durch den Hofen gegangen und haben alles beesehen.

Wo müßt ji hen? hat einer vom Schuppen rübergerufen. No usen Badder, Widdageten henbringen! sagt Hein patzig und ist stramm weitergegangen, ich immer treu hinterher.

Ich hab' jedes Schiff betucken wollen, weil ich nie so große Schiffe gesehen habe, und Kräne auch nicht und Seeschlepper.

Hein sagt aber, es sind bloß Röhne, und wir wollen nach dem Chinesen, das ist ein richtiger Stiemer, da ist was zu machen. Und ist immer voraus.

Hat der Chineser 'n Pops? hab' ich gefragt. Und was er denn da machen will, er ist doch kein Arbeitsmann.

Landrat hat Hein zu mir gesagt und mich ausgelacht. Der Chineser ist kein Chineser, und ein Stiemer ist ein Ueberseedampfer, der heißt Kufen oder so, er weiß es nicht mehr. Und die Matrosen sind Chinesen, und Chinesen essen Reis mit Stöcken, und wenn man Kamerad Schinäs sagt, geben sie einem was, und das schmeckt. — Da ist er schon.

Zuku-sen hat an dem Dampfer gestanden, und er war puschwarz, und über Bord hing ein Brett an zwei Tauen, darauf standen zwei Männer, die malten es immer noch schwarzer.

Ruck, sagt Hein, Jöpfe haben sie nicht, aber Schlühaugen. Mein Freund ist nicht dabei.

Dann hat er sich hingestellt, wo der Steg rausgeht, und hat gerufen: Kamerad Schinäs, Kamerad Schinäs! Und hat gesagt, ich soll es auch.

Da hat zuletzt ein Gesicht rausguckt, wie gelbes Papier, und kleine schiefe Augen, und der Mund bis an die Ohren, und eine weiße Mütze wie ein Koch.

Er orient, sagt Hein zu mir. Er freut sich, daß ich da bin. Oh was, er ist wütend, komm, wir gehen weg.

Aber Hein ist gleich den Steg rauf und auf Deck und hat mich mitgezogen. Und hat mit dem Chinesen gesprochen. Ich weiß nicht, wie es kommt, daß er Chinesisch kann. Er hat immer gerappelt und gefabbel und hat mir seinen Arm um den Hals gelegt und Kamerad meiniges gesagt. Und dann hat er auf meinen Bauch getippt und Rohl-Dampf gesagt, und hat mit den Händen gemacht, wie wenn er isst.

Und der Chineser hat bloß gestanden und den Mund breit gemacht, und ich hab' beinah gegittert.

Dann ist er vorgegangen in die Kajüte, wo die Matrosen essen, und wir hinterher. Die Luft war schlimmer als in der Baisch-Küche, heiß und brennerig, und roch nach Essen und Teer.

In der Kajüte waren noch mehr Chinesen, die aßen wahrhaftig mit Stöcken, und ich bin stehen geblieben und habe gestaunt. Da hat der Koch uns einen Schlag Reis auf den Tisch geklatzt und Stöcke hingeschnitten. Hein kann damit fertig werden, als ob er alle Tage mit Stöcken isst. Ich habe es aber nicht getonnt, und die Matrosen haben sich angestochen. Zuletzt habe ich mit den Fingern gegessen, und Hein hat den Tisch abgedeckt.

Die Matrosen wollten sich schief lachen. Dann hat der Koch sich unsere Eßkessel beduckt, und hat auf den kaputten Boden gezeigt, daß man ja gar kein Essen da rein tun kann.

Hein hat es ihm auf Chinesisch gesagt, warum wir es brauchen. Doch es für die Polizei ist, und daß man eine Hafentarte haben muß. Und man braucht sie nicht, wenn man Essen bringen muß.

Ich glaube, sie haben es alle verstanden. Ich will auch Chinesisch lernen, hab' ich zu Hein gesagt, wie wir wieder draußen waren.

Er will es mir zeigen, wenn er meinen Taschenspiegel kriegt. Reis ist besser als Spiegel, hab' ich gedacht, und hab' ihn hingegeben.

Da hat er es mir gezeigt. Er hat ein Stück Kokoschale von der Erde aufgetriegt und gesagt, ich soll von dem andern Dampfer eine Kokosnuß holen. Das war ein Japaner. Hein sagt, die sprechen eben so.

Da haben wir uns hingestellt und Kamerad Raitros! gerufen und die Schale gezeigt. Und zuletzt haben sie eine Kokosnuß von Deck geschmissen, die knallte auf die Erde, und die Schale gleich kaputt. Hein hat erst die Milch ausgetrunken, und dann haben wir sie gefressen.

Wir müssen sie gleich aufessen, sagt er, sonst halten sie uns damit an.

Zehn Monate deutschnationale Regierung.



Mit Ruhrmillionen und Einfuhrzöllen getürmt.
Herrn Luthers Himmel umkreisen die Pleitegeier
Und legen faule, unverdauliche Ruckuckseier.
Als ruhender Pol sitzt Gustav, der große Schweiger,
Und die traute Familie hinterm Lokalanzeiger. —
Das wäre so ungefähre die Jahresbilanz
Der Halbundhalb-Mampe-Regierung im Siegerkranz!

Aus Luthers Himmel kam ein Blitz wie ein Steinschlag,
Ein Einschlag mit pazifistischem Einschlag.
Da sind die Ketzer, die uns lange beschämt,

Ich hab' gegessen bis ich nicht mehr konnte, den Rest hab' ich in die Tasche gesteckt.
Am Hafeneingang hat der Grüne gerade einen Mann offitert. Alle Taschen hat er ihm ausgeplündert. Da bin ich vor Angst stillgestanden.

Mensch, Peter, ich kann dich doch hier nicht mitziehen, das fällt ja auf. Komm, wir gehen am Posten vorbei, und ich spreche mit ihm.

Da ist er schon weg gewesen und hat frech mit dem Eßkessel gekloppt. Und bei dem Sipomann hat er an die Mütze getippt und Wahheit! gesagt.

Die Postensprache kann ich auch, hab' ich gedacht. Da ist aber der Zollmops schon bei mir gewesen und hat meinen Kessel ausgekocht.

Ru guck den Schauspieler an! hat er gerufen. Und der Posten ist dazu gekommen und durchguckelt wie durch eine Röhre.

Wie ich heiße, wo ich wohne, was mein Vater ist? haben sie gefragt.

Wie ich sage, Peter Stoll, haben sie Flausen! gerufen. Und die Polizei wird mich schon finden. Sie findet alles, und es kostet hohe Strafe, und ich soll mich hier bloß nicht wieder blicken lassen.

Zu Hause hab' ich alles erzählt. Vater hat geschimpft und hat gesagt, es kommt an die Schule, und da werde ich die Stocksprache lernen. Dann bin ich zu Bett gegangen und war noch ganz trant von der Angst und dem Reis und der Kokosnuß.

Halb im Schlaf hab' ich noch gehört, was Vater und Mutter sich von der Hafengeschichte erzählt haben.

Herumtreiberei! sagt Vater.

Ist nur halb so schlimm, sagt Mutter. Wir können die Kinder doch nicht in den Hühnerstall sperren!

Das erste Denkmal in der Türkei. Obwohl alle Nachbildungen von Menschen und Tieren durch den Koran verboten sind, wird jetzt als äußeres Zeichen der Modernisierung der Türkei in Konstantinopel dem ersten Präsidenten der türkischen Republik, Mustafa Kemal Pascha, ein Denkmal errichtet. Seit 1453, als die Türken Konstantinopel eroberten, ist dies die erste Statue. Das Denkmal, das von dem österreichischen Bildhauer Krippel in Bronze geschaffen wurde, wird auf der Höhe von Seraglio aufgestellt werden.

Ein interessanter „Fall“, dessen Haupttatsachen erst jetzt nach vielfältigen Forschungen und Berechnungen festgelegt sind, ereignete sich am 18. Mai 1924 nachmittags um 2 Uhr 15 Minuten über dem mittleren Maingebiet. Es war ein Meteorfall, bei dem allgemein der Eindruck bestand, als sei das Meteor in aller nächster Nähe niedergegangen. Die astronomisch interessierten Fachleute erließen sofort Aufforderungen in der Tagespresse, damit möglichst zahlreiche und unmittelbare Beobachtungen gesammelt würden. Es wurde besonders gefordert, daß die Beobachter möglichst genau die Richtung angäben, in der sie die Erscheinung zuerst und zuletzt gesehen hätten, ferner den eigenen Standort, so daß sich aus diesen Angaben genaue Schlüsse über den scheinbaren Höhenwinkel über dem Horizont und über die Geschwindigkeit des Meteors ziehen ließen. Über 400 ausführliche Meldungen gingen an die Frankfurter Sternwarte ein; an nahezu 60 Orten zwischen Warburg und dem mittleren Schwarzwald wurden genaue Beobachtungen zur Nachprüfung der gemachten Angaben angestellt. Die Verarbeitung des gesamten Materials dürfte auch jetzt noch längere Zeit in Anspruch nehmen, doch kann bereits etwa folgendes gesagt werden: Der Körper kam aus ostnordöstlicher Richtung auf die Erde zu und drang mit etwa 20 Kilometer Geschwindigkeit in der Sekunde in die Atmosphäre ein. Sein erstes, für uns sichtbares Aufleuchten ist etwa in 150 Kilometer Höhe erfolgt. In der Gegend von Schweinfurt in etwa 100 Kilometer Höhe wurde das Meteor heller und erfuhr eine plötzliche Ablenkung aus seiner bisherigen Bahn. Seine Bewegung ging dann auf Ober-Neuburg a. M. zu, wobei die Helligkeit des Meteors andauernd stieg, so daß schließlich die Häuserfenster in den umliegenden Ortschaften erhellte wurden und scharfe Schatten auftraten. Unfern Ober-Neuburg in einer Höhe von ungefähr 20 Kilometer erlangte das Meteor eine solche Höhe, daß es infolge innerer Spannungen platzte. Verschiedene kleinere Stücke sind in unmittelbarer Nähe von Menschen niedergegangen, doch hat man von ihnen keine Spur finden können. Der Donner, der von der rasenden Bewegung des Körpers durch die Atmosphäre und durch seine Explosion hervorgerufen wurde, war im Gebiet Heidelberg—Frankfurt a. M.—Fulda—Bad Kissingen—Reutlingen—Heidelberg vernehmbar. Die Größe des Meteors dürfte einen Durchmesser von 2 Meter nicht überstiegen haben. Die scheinbar überwältigende Größe der Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß das Meteor bei seinem Abzug durch die Luft von einer großen leuchtenden Hülle umgeben ist, die teils aus glühender Luft, zum größeren Teil aus verdampfenden Meteoritellen besteht.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Die Referentenwürfe.

Die im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Referentenwürfe über den Reichswirtschaftsrat, deren Inhalt in der Tagespresse bereits auszugsweise veröffentlicht und vielfach besprochen worden ist, werden nunmehr in Nr. 40 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht. Sie stellen lediglich eine Dispositionsgliederung dar. Der Vorstand des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat beschlossen, die Vorentwürfe in dem Unterausschuss seines Verfassungsausschusses durchberaten zu lassen. Erst wenn das geschehen ist, wird ein Regierungsentwurf aufgestellt.

Die Vorlage besteht aus zwei Entwürfen, von denen der eine als Rahmengesetz die Aufgaben, die Stellung und die Befugnisse des Reichswirtschaftsrats umschreibt und eine allgemeine Bestimmung über seine Zusammensetzung enthält, der zweite Entwurf zu einem Ausführungsgesetz in zwei Abschnitten die Zusammensetzung und Mitgliedschaft sowie die Organisations- und Arbeitsweise regelt und in einem dritten Abschnitt Schluss- und Ubergangsbestimmungen enthält. Als

Aufgaben des Reichswirtschaftsrats

werden aufgeführt: die Beratung von Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag bei wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die Anregung solcher Maßnahmen, die Beseitigung von Unterbrechungen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet und die Unterstützung der Reichsregierung bei der Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen. Hinsichtlich der Stellung und Befugnisse ist vorgelesen, daß dem Reichswirtschaftsrat wirtschafts- und sozialpolitische Besprechungen von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung zur Begutachtung vorgelegt werden sollen, und daß der Reichswirtschaftsrat, soweit angeht, auch schon bei den Vorarbeiten zu solchen Besprechungen gehört werden soll. Der Reichswirtschaftsrat erhält ferner das Recht, eigene Besprechungen zu beantragen; die Reichsregierung ist verpflichtet, solche Vorlagen beim Reichstag einzubringen, wobei der Reichswirtschaftsrat, wenn die Reichsregierung einer Vorlage nicht zustimmt, diese durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten kann. Um auch für die Sachverständigkeit eine engere Verbindung zwischen Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Körperschaften herzustellen, ist weiterhin vorgelesen, daß der Reichswirtschaftsrat auf Verlangen der Reichsregierung oder von Reichsrat, Reichstag oder deren Ausschüssen seine Gutachten vor Reichstag und Reichsrat und ihren Ausschüssen mündlich erläutern lassen kann. Außerdem sind neben den Vertretern der Länder umgekehrt auch Reichstagsabgeordnete auf Grund eines entsprechenden Beschlusses des Reichstags oder eines Reichstagsausschusses zur Anwesenheit in den Verhandlungen der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats berechtigt. Für

Die Zusammensetzung

sieht der Entwurf eine wesentliche Verkleinerung vor. Die Zahl der ständigen Mitglieder wird von bisher 326 auf 126 herabgesetzt. Diese 126 Mitglieder gliedern sich in 4 Abteilungen und zwar:

Unternehmer (Abt. 1)	41 Mitgl.
Arbeitnehmer (Abt. 2)	41
Vertreter der nicht privatwirtschaftlichen Zwecken dienenden Körperschaften (Abt. 3)	14
von der Reichsregierung und dem Reichsrat ernannte Mitglieder nebst 2 Vertretern d. Tagespresse (Abt. 4)	80

In den Abteilungen 1 und 3 sind die Mitglieder in Gruppen eingeteilt, und zwar entfallen auf

Gruppe 1 Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	12 Sitze
2 Industrie	13
3 Handwerk	4
4 Handel	5
5 Banken und Privatversicherung	4
6 Verkehr	4

In Abt. 3 auf

Gruppe 7 Kommunalverwaltungen	6
8 öffentl.-rechtl. Versicher. u. Kreditanstalten	8
9 Konjunktionsstellen	2
10 landwirtschaftl. u. gewerblich. Genossenschaften	8

In der Arbeitnehmerabteilung besteht keine Gruppenbildung, jedoch sind für Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft und des Transportgewerbes sowie für Angestellte wie unter Arbeitern Mindestzahlen vorgelesen. Für die vom Reichsrat zu ernennenden 14 Mitglieder ist vorgelesen, daß, sofern Vertreter der Arbeitgeberinteressen benannt werden, jeweils in gleicher Anzahl Vertreter der Arbeitnehmerinteressen ernannt werden müssen. Die Reichsregierung hat unter den 14 von ihr zu ernennenden Persönlichkeiten Vertreter der freien Berufe, der Beamtenschaft, der Wirtschaft und Sozialwissenschaft und der wirtschaftlichen und sozialen Rechtskunde in angemessener Zahl zu berufen. Die Mitglieder werden mit Ausnahme der von Reichsregierung und Reichsrat nach eigenem Ermessen zu ernennenden Mitglieder auf Vorschlag der im einzelnen aufgeführten

ten Verbände berufen, und zwar die ständigen Mitglieder für sechs Jahre; alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder aus, im übrigen kann auf Antrag eines Verbandes die Reichsregierung die Mitgliedschaft widerrufen. Neben den ständigen Mitgliedern können vom Vorstand des Reichswirtschaftsrates

nichtständige Mitglieder

jeweils für einzelne Beratungsgegenstände in die Ausschüsse berufen werden, und zwar kann der Vorstand entweder bestimmte, von den Abteilungen ihm zu bezeichnende Persönlichkeiten berufen, oder auf Vorschlag der Abteilungen solche Verbände, die nach einem besonderen Verfahren vom Vorstand für benennungsberechtigt erklärt worden sind, zur Entsendung von Vertretern für einzelne Beratungsgegenstände auffordern. Als solche Verbände kommen insbesondere diejenigen Organisationen in Betracht, die infolge der Verkleinerung ständige Mitglieder nicht benennen können. Diese nichtständigen Mitglieder haben für die Dauer ihrer Mitgliedschaft die gleichen Rechte wie die ständigen Mitglieder, insbesondere steht ihnen für den Beratungsgegenstand, für welchen sie vorgeschlagen sind, volles Stimmrecht zu. Zum Schutz der Vertraulichkeit ist ein Ehrengericht vorgelesen, das aus einem richterlichen Vorsitzenden und vier Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates besteht und in Fällen einer Verletzung der Verschwiegenheitspflicht und des in geminnschaftlicher Absicht erfolgten Mißbrauchs des Einflusses als Mitglieder des Reichswirtschaftsrats auf Ausschüsse erkennen kann. Als

Organe des Reichswirtschaftsrats

sind der Vorstand, die Abteilung, die Ausschüsse und die Vollversammlung aufgeführt. Der Vorstand erläßt die Geschäftsordnung, überwacht die Befolgung der Ausschüsse und ordnet die laufenden Geschäfte. Die Abteilungen haben für die Befolgung der Ausschüsse zu sorgen, indem sie entweder ständige Mitglieder auswählen oder dem Vorstand Vorschläge für die Berufung nichtständiger Mitglieder machen.

Die Tätigkeit der Ausschüsse

Die Hauptarbeit des Reichswirtschaftsrats soll in seinen Ausschüssen geleistet werden. Außer den drei ständigen, aus je 27 bis 30 Mitgliedern bestehenden Hauptausschüssen — dem wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Ausschuss — können mit Zustimmung des Vorstandes und der Reichsregierung Sonderausschüsse für einzelne Aufgaben errichtet werden, denen bis zu 30 Mitglieder angehören können. Die Hauptausschüsse müssen mindestens zu zwei Dritteln, die Sonderausschüsse mindestens zur Hälfte mit ständigen Mitgliedern besetzt werden. Wenn die Reichsregierung eine Vorlage einbringt, so kann sie für deren Beratung bis zu drei nichtständige Mitglieder in den Ausschuss berufen. In den Ausschüssen sind die Abteilungen der Unternehmer und der Arbeitnehmer und die Abteilungen 3 und 4 zusammen genommen durch die gleiche Anzahl von Mitgliedern vertreten. Der Vorsitz der Haupt- und Sonderausschüsse führt ein nichtstimmberechtigter Vertreter der Reichsregierung. Die Ausschüsse können — sofern sie sich nicht auf ein einheitliches Gutachten vereinigen — neben einem Mehrheitsgutachten ein oder mehrere Minderheitsgutachten erstatten. Die Ausschussgutachten sind grundsätzlich nicht öffentlich, wenn nicht der Ausschuss mit Zweidrittel-Mehrheit die Öffentlichkeit beschließt.

Die Vollversammlung

soll nur in Ausnahmefällen zusammenzutreten; hierfür bedarf es entweder des Verlangens der Reichsregierung oder eines Beschlusses von 75 ständigen Mitgliedern sowie der Zustimmung des Vorstandes. Neben Haupt- und Sonderausschüssen ist für die Vornahme von Enquêtes ein besonderer Ausschuss zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet vorgelesen, der für die Untersuchung eines bestimmten Gebietes bestellt wird. Zur Durchführung seiner Arbeiten kann der Vorsitzende entweder allein oder im Beisein des Ausschusses Auskunft über Tatsachen verlangen, Betriebs- einrichtungen beschlagnahmen, Unterlagen für die Bemessung von Preisen oder Vergütungen einsehen sowie Zeugen und Sachverständige, soweit er es für erforderlich hält, eidlich vernehmen. Berichte über die — in der Regel vertraulichen — Verhandlungen des Ausschusses können mit Zustimmung der Reichsregierung veröffentlicht werden.

Die ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrats erhalten freie Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen und eine Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an Sitzungen; die nichtständigen Mitglieder erhalten ebenfalls eine Aufwandsentschädigung sowie eine Vergütung für die Kosten der Eisenbahnfahrt zum Orte der Sitzung.

Zur Erleichterung einer Abänderung des Gesetzes wird endlich bestimmt, daß die Körperschaften, welche zur Benennung von ständigen Mitgliedern berechtigt sind, alle sechs Jahre durch eine von der Reichsregierung nach Anhörung des Reichsrats und mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses zu erlassende Verordnung im Rahmen der für die Abteilungen vorgesehenen Mitgliederzahlen anderweit festgesetzt werden können.

sind sie durch die sehr schwierige Lage der Automobilindustrie in der letzten Zeit nicht unerheblich verschlechtert worden. Der Bericht stellt zwar fest, daß seit März und April bei der Produktion der Phaetonwagen, des Haupttyps der Aga, nicht mehr mit Verlust gearbeitet worden ist und daß sich im Juli der erzielte Gewinn pro Wagen sogar auf 500 M. pro Stück erhöht habe. In den letzten Monaten ist aber die Produktion, die von Januar bis Juli auf 500 Wagen gesteigert werden konnte, wieder auf 250 Stück pro Monat gesunken. Die Vorteile, die die Serienproduktion und die inzwischen erfolgte Rationalisierung bringen könnten, dürften also gegenwärtig von den fortlaufenden allgemeinen Kosten des Betriebes ausgezehrt werden, so daß man bei Fortdauer der augenblicklichen schlechten Absatzverhältnisse kaum mit einer besseren Ertragslage rechnen können.

Auf der anderen Seite hat sich die Schwierigkeit für die Aga, Betriebsmittel zu beschaffen, bis heute noch nicht beheben lassen. Da bei dem hohen Anteil der Materialkosten (70 Proz.) an den Betriebskosten relativ sehr hohe Kredite notwendig wären, und auf der anderen Seite weder die öffentlichen noch die privaten Banken bereit sind, Kredite zu gewähren, dürfte die Lage der Aga in der Zukunft schwieriger werden.

Edmund Stinnes hat zwar vor seiner Abreise alles getan, was nach seiner Meinung die Geschäftslage der Aga erleichtern könnte. So hat er sich in Verhandlungen mit seiner Familie bereit erklärt, auf seinen Erbanspruch in voller Höhe zu verzichten, um auf alle Fälle eine Schädigung der Gläubiger zu verhindern. Ebenso ist er bereit, seinen Aktienbesitz dem Bankkonsortium zu übergeben, wenn dieses auf der anderen Seite die Finanzierung der Aga übernimmt. Schon heute verlautet aber, daß die beteiligten Großbanken auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren. Angesichts dieser Sachlage scheinen wenig Aussichten zu bestehen, daß das Unternehmen vor dem Konkurs gerettet werden kann.

Im Falle des Konkurses über dürfte sich auch die Scheinung der Agaaktien an die Belegschaft, die heute juristisch noch zu Recht besteht, von selbst erledigen.

Abbau in der Lokomotivindustrie.

Unter dem Druck der ungeheuren Kapitalnot, besonders aber auf Grund der immer mehr zunehmenden Absatznot, tragen sich jetzt verschiedene Lokomotivfabriken mit der Absicht, den Bau von Lokomotiven usw. einzustellen oder aber Betriebs-einschränkungen in größerem Ausmaß vorzunehmen. So beabsichtigt beispielsweise Rheinmetall die Lokomotivfabrik und die Waggonbauanstalt zu schließen, sobald die vorliegenden Aufträge abgewickelt bzw. ausgeliefert sind. Auch Krupp soll Betriebseinschränkungen seiner Lokomotivfabriken erwägen. Obwohl Vinkelhofmann-Lauchhammer jetzt einen größeren Auslandsauftrag auf Lokomotiven und Waggonen erhalten hat, ist auch hier eine bedeutende Reduzierung der Belegplatten für den Waggon- und Lokomotivbau vorgelesen.

Es besteht keine Möglichkeit, daß die schwierige Lage in der Lokomotivindustrie in der nächsten Zeit behoben wird. Die Reichseisenbahn verfügt augenblicklich über etwa 5000 Lokomotiven, die nicht gefahren werden. Wenn auch von diesem Material ein bedeutender Prozentsatz als unwirtschaftlich arbeitend oder als veraltet für den normalen Verkehr ausrangiert wird, so dürfte doch immerhin ein stattliches Quantum moderner Maschinen übrigbleiben. Ferner verfügt die Reichsbahn noch über etwa 14000 Waggonen, die nicht rollen, so daß vom Eisenbahnzentralamt in nächster Zeit keine nennenswerten Bestellungen, das das Gros der Lokomotiv- und Waggonfabriken auch nur annähernd befriedigt, zu erwarten sind.

In das Auslandsgeschäft kann zurzeit ebenfalls keine erhebliche Hoffnung gesetzt werden. Die französische Lokomotivindustrie, die früher eine Jahresproduktion von etwa 1500 Stück hatte, stellt nach eigenen Angaben jetzt etwa die dreifache Zahl im Jahre her. Aber auch die englische Produktion in Lokomotiven hat nach Beendigung des Krieges bedeutend zugenommen; es gibt Unternehmen, die täglich eine Maschine herauszubringen vermögen. Dieser erhöhten Produktion der verschiedenen Staaten, besonders auch der Amerikas, steht jedoch eine bedeutend geringere Nachfrage gegenüber. So bestellten zurzeit beispielsweise die Staatseisenbahnen in Britisch-Indien nur etwa 30 Proz. des früheren Jahresbedarfs.

Verschmelzung der Spitzenverbände im Bankgewerbe

Zwischen dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes zu Berlin und dem Verband deutscher Privatbankiers in Dresden haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden mit dem Ergebnis, daß der Verband deutscher Privatbankiers dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes als Körperschaftliches Mitglied beiträgt. Er bringt damit zum Ausdruck, daß er den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes als alleinige Spitzenvertretung des Bankgewerbes anerkennt und ihm allein die Vertretung des Berufs gegenüber den Behörden und Parlamenten, gegenüber den anderen Wirtschaftsverbänden und der Öffentlichkeit überläßt. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat demgegenüber dem Verband deutscher Privatbankiers in seiner inneren Organisation (Vorstand, Ausschuss, Geschäftsführung) das Recht weitgehender Mitwirkung eingeräumt, so daß dessen Auftreten nach außen lediglich in Ausnahmefällen in Betracht kommt, wenn nicht innerhalb des Zentralverbandes eine Einigung über eine gemeinsame Stellungnahme zustande kommt. Ferner ist beim Zentralverband ein Provinzialbankauschuss errichtet worden, der innerhalb des Zentralverbandes unter angelegener Beteiligung von Vertretern des Verbandes deutscher Privatbankiers die besonderen Interessen der außerhalb Berlins ansässigen Mitglieder des Zentralverbandes wahrnehmen soll und dessen Geschäfte von dem der Geschäftsführung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes jeweils angehörigen Enquêtes des Verbandes deutscher Privatbankiers besorgt werden. Das vorliegende Abkommen ist von den beiderseitigen Ausschüssen genehmigt worden und tritt mit dem 1. November 1925 in Kraft.

Sachlich bedeutet der Zusammenschluß, wie er oben vom „Zentralverband“ geschildert wurde, die Verschmelzung der beiden Verbände zu einem Einheitsverband, dessen einzelne Richtungen nur noch in besonderen Einzelfragen getrennt marschieren. Und die Arbeitnehmerverbände des Bankgewerbes?

Ueberraschend große Ernteschätzung für Baumwolle. Der amtliche amerikanische Erntebereicht vom 26. Oktober gibt, einem Drahtbericht der „Tertill-Week“ zufolge, die in Aussicht stehende Erntemenge mit 15220000 Ballen an, verglichen mit 14759000 Ballen in der vorangegangenen Schätzung vom 8. Oktober. Die nachmalige Erhöhung der zu erwartenden Erntemenge kam wiederum um den Markt als eine große Ueberraschung, denn nach den ungünstigen Witterungsverhältnissen der letzten 14 Tage mußte man eher mit einer geringeren Verflechtung der Ernteschätzungen rechnen. Es scheint also, als ob das amerikanische Ackerbauamt immer noch Schätzungsfehler der Sommermonate auszugleichen hat. In einem gewissen Widerspruch zu den optimistischen Ernterwartungen steht die mäßige Zunahme der entkörnten Ballen. Es sind nämlich seit dem letzten Bericht 24 Millionen Ballen entkörnt worden, verglichen mit 21 Millionen Ballen in der gleichen Berichtsperiode des vorigen Jahres. Im ganzen sind nunmehr 9519784 Ballen entkörnt. Nach der Veröffentlichung des Baumwollberichtes sank die Notierung für Loto Middling in New York von 21,80 auf 20,75 Cents. Somit ist die Baumwolle in New York seit Ende Juli, als sie mit 25½ Cents den höchsten Punkt für diese Saison erreichte, um etwa 20 Proz. gefallen.

Schlechte Ernte in Sowjetrußland. — Die Aussichten der Industrie. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Nach den amtlichen statistischen Angaben ergab die Ernte der Sowjetunion infolge ungünstiger Witterung etwas weniger als ursprünglich erwartet wurde. Sie beträgt 65 Millionen Tonnen anstatt, wie erwartet, 70 Millionen Tonnen. Bisher wurden bei den Bauern 2,5 Millionen Tonnen der neuen Ernte eingekauft. Infolge Mangels und der hohen Preise für Industrieprodukte enthält sich die Bauernschaft größerer Getreideverkäufe und wartet auf ein Steigen der Getreidepreise. Die staatlichen Getreidefirmen stellen ihre Aufkäufe ein, um eine Aenderung der Marktkonjunktur herbeizuführen. Die Industrie ist nicht imstande, der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, obgleich im Laufe des am 1. Oktober abgeschlossenen Wirtschaftsjahres die Industrieproduktion einen Wert von 2,6 Milliarden erreichte, was 70 Proz. der Produktion von 1913 darstellt. Im Monat September allein wurden sogar 82 Proz. erreicht. Der Außenhandel des verflochtenen Wirtschaftsjahres ist mit 126 Millionen Rubel passiv. Im September trat infolge des Beginns der Getreideausfuhr und der verstärkten Einfuhr von Gebrauchsgütern eine Hebung des Außenhandels ein, so daß die Ausfuhr 69 Millionen Rubel, die Einfuhr 76 Millionen Rubel betrug. Im September wurden 309 Millionen Tonnen Getreide gegen 115 Millionen im August ausgeführt.

Gute Beschäftigung in der Demag. In der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. Berlin-Duisburg, berichtete der Vorstand über die Geschäftslage. Wie mitgeteilt wurde, liegt ein Auftragsbestand von rund 24 Millionen Mark vor, der sich überwiegend aus Auslandsaufträgen zusammensetzt. Außerdem stehen noch bedeutende neue Auslandsaufträge dicht vor dem Abschluß. In der Mehrzahl der Fälle gelang es der Gesellschaft, größere Anzahlungen zu erhalten. Die Werkstätten des Unternehmens sind bis weit ins nächste Jahr hinein voll beschäftigt.

Der Kampf gegen die Kartelle. Aus Kreisen des Reichswirtschaftsministeriums wird mitgeteilt, daß das Ministerium bis jetzt in seiner Aktion gegen die Kartelle ungefähr 600 Kartelle und ähnliche Verbände gezwungen hat, eine Verringerung der Konditionen vorzunehmen.

Die Geschäftslage der Aga.

Edmund Stinnes' Reise nach Amerika.

Bürgerliche Blätter brachten die sensationelle Nachricht, daß Edmund Stinnes Deutschland verlassen habe und in Amerika sich eine neue Existenz zu gründen beabsichtige. Diese Nachricht bestätigt sich nicht. Wie von Freunden des Hauses Stinnes berichtet wird, hat Edmund Stinnes eine lange geplante Studienreise unternommen, mit der er auch Versuche zur Sanierung seiner Unternehmungen verknüpfen will. Man wird das Ergebnis dieser Reise abwarten müssen.

In der Geschäftslage der Aga hat sich in den letzten Wochen nicht viel verändert. Der Revisionsbericht der Deutschen Revisions- und Treuhänder A.-G. über den Stand der Gesellschaft, der inzwischen bekannt geworden ist, gibt zwar allerhand interessante Einzelheiten über die Geschichte der Aga und die Familienauseinandersetzungen im Hause Stinnes, läßt aber kaum eine Veränderung des Status der Aga selbst erkennen. Die Bilanz, die dieser Bericht enthält, ist noch mit rund 700000 M. aktiv. In den Anlagewerten erscheinen Grundstücke mit 2,2, Gebäude mit 3,4, Maschinen mit 2,7 und die übrigen Anlagewerte mit 0,53 Millionen. Die Warenvorräte und Rohstoffe sind sehr hoch, und zwar mit 7,13 Millionen M. eingestuft. An Schuldner werden 0,25 Millionen aufgeführt. Dem stehen gegenüber: Warengläubiger mit 4,6, Bankgläubiger mit 0,7, Akzepten mit 1,5 und sonstige Schulden mit 1,15 Millionen. Den kurzfristigen Verpflichtungen von rund 8 Millionen stehen also Forderungen und Warenvorräte in etwa gleicher Höhe gegenüber. Da aber die Warenvorräte und Rohstoffe im Falle eines Verkaufes nur mit Verlust zu realisieren sein würden, muß die Bilanz als schwer illiquid gelten. Die Anlagen und die fertigen Automobile sind nach dem Bericht an den größeren Teil der Gläubiger verpfändet. Zu berücksichtigen ist auch bei der Beurteilung der Bilanz, daß die Schätzungen auf den Augenblickswerten und nicht auf Ertragswerten beruhen.

Was die zukünftigen Ertragsaussichten anbelangt, so

Bergbaudebatte im Landtag.

Die Notlage in den Kohlenrevieren.

Der Landtag trat gestern zunächst den Beschlüssen des Ostauschusses über die Hilfsaktion für das Waldenburger Industriegebiet gegen die Stimmen der Kommunisten bei. Darauf wurde der gemeinsame Antrag der Regierungsparteien auf weitere Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus geht über zur zweiten Beratung des Berghaushalts.

Ein Vertreter der Bergverwaltung beantwortet die Große Anfrage der Demokraten betr. die Notstände der Bergarbeiterbevölkerung im niederschlesischen Kohlenbergrevier. Die Abgabemöglichkeiten seien insbesondere nach der Tschechoslowakei immer noch sehr ungünstig. Die Verwaltung sei bereit, auf die Reichsregierung weiter dahin einzuwirken, daß die Reichseisenbahn für ihren Betrieb soviel wie möglich Waldenburger Kohle beziehe. In dieser Beziehung sowie in bezug auf steuerliche Erleichterungen und Frachtermäßigungen, speziell auch für Grubenholz, sei das Staatsministerium schon vor längerer Zeit an die Reichsregierung herangetreten.

In der allgemeinen Besprechung erhält zunächst das Wort

Abg. Franz (Soz.):

Der Bergbau hat unter der internationalen Wirtschaftskrise ganz besonders zu leiden. Wir können mit Recht behaupten, daß die Entwicklung und die Erfahrungen unserer Auffassung recht gegeben haben, und wir sehen mit Genugtuung, daß auch in Kapitaleigentümern Englands und selbst Frankreichs jetzt Reformvorschlüsse hervortreten, wie der Gedanke eines europäischen Wirtschaftsverbandes, die man früher als sozialdemokratische Utopien verachtete. Das Gros des Unternehmertums wird aber noch wie vor von dem engherzigen Profitinteresse geleitet. Bei zahlreichen Stilllegungen ist nachste Profitier maßgebend gewesen. Die Denkschrift des westfälischen Zechenverbandes ist in ihren Behauptungen und vor allem in ihren Berechnungen über die Selbstkosten von dem Bergarbeiterverband in seiner Gegenwartschrift als einseitig und tendenziös entstellt charakterisiert worden. Den Bergarbeitern empfiehlt man Sparmaßnahmen, ein Bergwerksgeneraldirektor aber bezieht heute ein Gehalt, das dreieinhalbmal so hoch ist wie das eines Staatsbeamten im gleichem Range. Man schreibt über die drückende Höhe der sozialen Lasten. Die Notwendigkeit ihres Abbaus ist das A und O der Bergherren und ihrer Syndikate.

Welch man nicht, wie unbefriedigend die Gesundheitsverhältnisse der Bergleute, wie überaus elend und jämmerlich ihre Wohnungsverhältnisse vielfach sind?

Und diese kläglichen Zustände, die ja auch der Ostauschuss kennen gelernt hat, bestehen nicht erst seit gestern, sie existieren seit Jahrzehnten, es sind alte Sünden der Bergangehörigen, die sich uns in Waldenburg usw. aufgetan haben. Und in Waldenburg bleiben die Löhne weit hinter dem Existenzminimum zurück. Dieses Revier ist so rückständig wie nur irgend denkbar. Für die Agitationsanstrengungen der Kommunisten, die auch bei dieser Gelegenheit wieder aufgetischt worden sind, haben wir kein Verständnis. Die Verhältnisse im ober-schlesischen Revier sind gerade so elend und erbärmlich wie in Waldenburg; dort muß vor allem die Reichsbahn ihre Politik ändern, wenn es besser werden soll. Die Unternehmerschaft hat sich auch mit dem Preisabbau beschäftigt, sie hat offenbar daran geglaubt, daß er mit dem 1. Oktober eintreten würde. Kein Mensch sonst — auch nicht die Reichsregierung — hat daran geglaubt, denn

die ganze Aktion wurde bloß zu dem Zwecke in Szene gesetzt, um die Gewerkschaften zu hindern, ihre berechtigten Bemühungen um Lohnverhöhung erfolgreich zu betreiben.

Herr v. Waldthausen erklärt als Voraussetzung für die wirtschaftliche Besserung die Hebung der Produktion. Die haben wir, aber wo bleibt die wirtschaftliche Besserung für den Bergmann? Die Grubensicherheit ist nach wie vor problematisch. Ueber die Notwendigkeit von Grubensicherungen wird ganz willkürlich von den Oberbergämtern entschieden. Beamte, denen die Schuld an Grubenkatastrophen beigegeben wurde, hat man befördert. Das kann das Vertrauen der Bergknappen in die Bergbehörde und zum Minister nicht stärken. Noch wie vor heißt es, der Bergmann habe in die Betriebe nicht hineinzureden. Wir fordern, daß er als völlig gleichberechtigter Faktor im Bergbaubetrieb betrachtet und geachtet wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Waldthausen (Dnsl.): Mit einer Verbesserung der Lage des inneren Marktes ist nicht zu rechnen, solange nicht auf dem Weltmarkt eine durchgreifende Änderung der Wirtschaftslage sich vollzogen hat. Dennoch darf auch im Innern nichts unversucht gelassen werden. Die sehr beträchtliche Erhöhung der Selbstkosten im Bergbau seit 1913 steht außer Frage. Die Preise für Schwellen, Schienen und sonstige Materialien sind gestiegen, die Löhne sind gestiegen, die Frachten sind gestiegen. Für einen Abbau der sozialen Lasten trete ich nicht ein, aber die Industrie muß diese Lasten auch tragen können. Unter den heutigen Umständen muß ein Teil dieser Lasten von der Allgemeinheit übernommen werden. (Widerspruch links.) Der Minister sollte Anlaß nehmen, eine den bergbaulichen Interessen feindliche Kommunalpolitik und kommunale Finanzpolitik hintanzuhalten und in diesem Sinne auf seinen Kollegen vom Reifort des Innern einwirken. Das Abkommen mit Frankreich hinsichtlich der Kohlewerte hat wenigstens stabilere Verhältnisse herbeigeführt.

Abg. Steger (Z.) erklärt, im Bergbau zeigen sich in England, Frankreich und Belgien dieselben ungünstigen Verhältnisse wie in Deutschland. Der Reallohn stehe in Belgien und Frankreich höher.

Die Verminderung der Belegschaften, die vermehrten Stilllegungen hätten die Produktionskosten verringert; warum gäbe man da den Arbeitern keine Lohnverhöhung?

Der Ruhrbergbau sei sehr wohl in der Lage, eine Lohnverhöhung zu tragen. Man legt, es sei eine Verbilligung der Lebensmittel eingetreten und begründet damit die ablehnende Haltung zu einer

Lohnverhöhung. Das klingt geradezu wie Hohf! Jedermann weiß doch, daß die Preisentwertungssaktion Schiffbruch gelitten hat! Bezeichnend ist die Erklärung eines Generaldirektors in Oberschlesien, wenn einer nur 50 bis 60 M. im Monat verdiene, so müsse er eben damit auskommen, sonst sei die Hauswirtschaft schlecht geführt. (Zuruf: Unerhört!) Derselbe Herr äußerte weiter, die Familie, in der jedes Jahr ein Kind ankomme, habe nicht das Recht zu klagen. (Rufe: Pui! Gemeinheit!) Der durchschnittliche Monatsverdienst von 110 M. für den Bergarbeiter reicht nicht aus! Die Arbeitgeber sollten den Bogen nicht überspannen.

Bezeichnend ist ein Schreiben des Stahlhelmverbandes, Landesverband Halle-Merseburg, in dem der Kampf gegen die streikenden Gewerkschaften propagiert wird. Man will den Stahlhelmverband denaigen, um die gelben Gewerkschaften zu fördern.

(Zuruf rechts.)

Abg. Dr. Pinkernell (Dsp.): Der Gedanke eines internationalen Kohlenpaktats ist an sich gar nicht so abwegig; aber für seine Verwirklichung dürfte noch viel Zeit erforderlich sein, bis vor allem England sich damit befreundet. Für Lohnverhöhung auf der ganzen Linie sind auch wir, aber höhere Löhne können nicht aus Schulden bezahlt werden, nur aus Einkommen. Eine Steigerung des Reallohn muß erreicht werden und sie ist nur zu erreichen durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch technische Neuerungen.

Hierauf wird die Fortsetzung der Beratung auf heute abend 7 1/2 Uhr pünktlich vertagt. Der Präsident teilt mit, daß der Sonnabend sühungsfrei bleiben soll.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind bei den Parteizentralen, Berlin S. W. 6, Lindenstraße 3, zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 31. Oktober, abends 6 Uhr. Sitzung im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstraße 3. Die Anwesenheit der Kreisleiter ist erforderlich.

- 2. Kreis Kiezpartei. Freitag, den 30. September, 6 1/2 Uhr, bei Trümper, Wilmersburger Str. 3. Sitzung der Funktionärinnen der Arbeiterwohlfahrt. Um 7 1/2 Uhr Sitzung des Reichsstadtkomitees ebenfalls.
- 11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Freitag, den 30. Oktober, 7 1/2 Uhr pünktlich, bei Rönig, Ecke Bruns-Georg-Str., erweiterte Kreisversammlung. — Sitzung des engeren Vorstandes pünktlich 7 Uhr ebenfalls.
- 15. Kreis Treptow. Freitag, den 30. Oktober, beginnt der Kurus des Genossen Bermbach über „Einführung in den Sozialismus“. Vortragsreihe für die sechs Abende beträgt 50 M. Auch die mit uns sympathisierenden und die Kameraden des Reichsbanners können teilnehmen.
- 20. Kreis Reinickendorf. Die Kurusleiter werden gebeten, zu dem am Dienstag, den 3. November, 7 1/2 Uhr, im Reichsfoyer der 1. Gemeindehalle, Reinickendorf, Straße hinter dem Bezirksamt, beginnenden Kurus bereits um 7 Uhr am Platze zu sein. Genossen und Genossinnen können sich auch zur Aufnahme melden.

Genossen des Bezirksamts Kreuzberg! Die Versammlung am Donnerstag, den 29. Oktober, fällt aus.

Der Reaktionsvorstand. J. A. Meyer.

Heute, Donnerstag, den 29. Oktober:

- 47. Abt. 7 1/2 Uhr bei Behrendt, Mantelstr. 26, Mitglieberversammlung. Vorträge des Genossen Stadtrat Weiler über „Reich und Kommune“. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 48. Abt. 8 Uhr bei Reiter, Rixd. Str. 1. Funktionärerversammlung. Sämtliche Bezirksleiter müssen daran teilnehmen. Noch nicht abgeleitete Kommunisten müssen abgemeldet werden.
- 101. Abt. Treptow. Heute müssen die Genossen um 8 Uhr in der Parteipublikation erscheinen. Gleichzeitige kurze Besprechung der Zeitungs-Kommissionen.

- 101. und 102. Abt. Bildungsanstalt Treptow-Daumshagen: 6 und 8 Uhr: 40. Vortragsreihe wissenschaftlicher Filme in der Leontower Sternwarte. Der bekannte Vorleser Dr. D. Hoyer spricht zu seinem Kursivfilm „Schöpfungsgeschichte“ (I. Die Erde als Stern unter Sternen, 2. Der Erde Bau, 3. Menschheitsentwicklung). Karten zu 4 Uhr (50 M.) und 8 Uhr (20 M.) sind in der Speiblen Kaffee, Grodstr. 30, und an der Kasse zu haben.

- Samstag, 8 Uhr beim Genossen Bieme Funktionärerversammlung. Jungsozialisten. Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Jugendheim Danziger Straße 22 (Boroden). Vorträge des Genossen Franz Lepinski. — Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Eilifftr. 4. Vorträge: „Berufsober-Industrieorganisationen“? Referent: Reichlich. — Gruppe Treptow: 7 Uhr im Jugendheim Eisenstr. 3. wichtige Mitglieberversammlung. Erscheinen aller unbedingt erforderlich. — Gruppe Charlottenburg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Köpenickerstr. 4. dort 1 Tr., Vorträge: „Liebesrecht und Rosa Luxemburg“.

Morgen, Freitag, den 30. Oktober:

- 104. Abt. Niederschlesische und 105. Abt. Johannisthal. Die Genossen werden ersucht, an dem am Freitag stattfindenden Kurus in der Schule in Niederschlesische, Berliner Straße, recht zahlreich teilzunehmen. Beginn abends 7 Uhr.
- 106. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr bei Siebach, Wäckerheimer Str. 1. Sitzung des Vorstandes. Alle Genossen müssen erscheinen.
- 127. Abt. Hohenschönhausen. 8 Uhr in der Schule Freimauerer Str. 5-4. Mitglieberversammlung. Vorträge des Genossen Arur Stahl über „Die politische Lage und Sozialdemokratiewahlen“.

Jungsozialisten. Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Restaurant „Sportplatz“, Reichenberger Straße, Ostflügelabend über Tagespolitik.

Jugendveranstaltungen.

Karus zur proletarischen Kulturarbeit am 3. November im Großen Schauspielhaus und Karten zum Beschl.-Abend am 1. November sind zu ermäßigten Preisen im Jugendsekretariat erhältlich.

Heute, Donnerstag, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

- Schwabrunnen: Ecke Wilmersburger Str. 2. Vorträge: „Gemeinschaft und Jugendbewegung“. — Schönbauer Vorstadt: 1. Schule Wilmersstr. 17. Vorträge: „Konkret“ — „Marianne Werlich bei Krammer“, Wilmersstr. 23. Funktionärerversammlung. — Südwesten: Jugendheim Eilifftr. 3. Vorträge: „Sexuelle Schäden durch Alkohol und Nikotin“.

Verkehrsbezirk Reinickendorf. Gesamtveranstaltungen des Verkehrsbezirks gemeinsam mit den Jungsozialisten und den Kinderfreunden in der Aula des Saalums Berliner Straße, abends 7 1/2 Uhr. Vorträge des Genossen Boemmerlein: „Sozialismus und Sozialismus“. Interessierte Parteigenossen sind willkommen.

Bildungsanstalt Prenzlauer Berg: Beginn Freitag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Schule Niederschlesische, Wilmersburger Str. 69. Thema: „Einführung in die Volkswirtschaft“. Referent Genosse R. Abraham.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Weiß“. Geschäftsstelle: Berlin S. W. 14, Gebelstr. 37/38. Sof. 2 Tr. Vorträge: Do., d. 29., abends 8 Uhr, Mittel-Berl. im Katerhof. — Kempthof: Do., d. 30., abends 7 1/2 Uhr, Vortragsabend im Birkenwäldchen, Tempelhofer Markt. — Am. Emil Barth spricht über „Das Reichsbanner, seine Ideale und künftigen Bestrebungen“. Mitglieberversammlung. — Ober-, Niederschlesische, Johannisthal: So., d. 31., abends 7 1/2 Uhr, Vorträge im Hirschgarten, Johannisthal: künftige Bestrebungen, Frau. Vorträge: Am. Dr. Schilling. — Ortsgruppe Köpenick: Fr., d. 30., 8 Uhr, Berl. bei Heumann, Wilmersburger Straße. Sonntag, den 1. November, Teilnahme am Vespogangsausflug in Köpenick. Abfahrt 2 1/2 Uhr nachmittags.

Die Esperanto-Schule Berlin veranstaltet eine Reihe zusammenhängender Vorträge und Übungen über die Geschichte der Weltsprachen und des Esperanto. Praktische Esperanto-Unterricht usw.: Sie beginnen am Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in der Kaiser-Friedrich-Schule, Charlottenburg, Rixd. Str. 34 (am Bahnhof Sögelplatz).

Arbeiter-Klub Reichshagen, e. V. Ortsgruppe Wedding: Josef W. Baranah. Vorträge: Str. 29. Anfangs pünktlich 7 1/2 Uhr. Funktionärerversammlung. — Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Vorträge: Am. Dr. Schilling, 8 Uhr, bei Mores, Prenzlauer Str. 9. Vorträge des Funktionärs Ingenieur Steinbohn.

Deutscher Arbeiterbund. Am 29. Oktober, abends 8 Uhr, spricht in unserer Geschäftsstelle, Wilmersstr. 48, 3 Tr., Lehrer Paul Kool über „Kritik und Schule“.

Reinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Freitag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Reichsfoyer der 1. Gemeindehalle, Reinickendorf, Straße hinter dem Bezirksamt. — „Der Erziehungsabend im Stadtpark“, Eintritt frei.

Reichsbund Deutscher Arbeiter, e. V. Ortsgruppe Reinickendorf. Mitglieberversammlung Freitag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant Polenski, Köpenicker Str. 3. Referent Herr E. Reger aus Frankfurt a. M.: „Sparen und Wahren des Reichsbundes“. Gäste können eingeführt werden.

Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegskriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Reinickendorf. Stiftungsfest am 31. Oktober im Parkgarten, Reinickendorf, Rixd. Str. 4-11. Programm: Abhaltung unserer Sänger-, Theater-, Vorträge, Konzert und Tanz. Eintrittskarten zum Preis von 1,25 M. in der Geschäftsstelle, Donaustr. 126, von 7-9 Uhr abends und bei den Funktionären erhältlich. Der Lebensabend dient zur Unterhaltung bedürftiger Mitglieder.

Freie Vereinigung von Elternfreunden, Berlin. Sonnabend, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung im Restaurant Berliner Hütte, Ecke Kottbuschen- und Dönhofscher Straße (an der Dönhofscher Straße). Vorträge des Referenten: „Sternenweiten und Sternentöhen“, in seinem Maße veranstaltet.

Arbeiter-Klub Reinickendorf, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 1. November, Fahrt nach Köpenick, Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Köpenick.

Der Wanderverein und Jugendverein in Berlin veranstaltet am Sonntag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Reichsfoyer des Wilmersburger, Köpenicker Straße 26, einen Vortrag des Herrn Direktor Kommandant Habeland über „Die Wohnungslage ein und lokal“. Eintritt frei.

Verband Volksgesundheit, Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, in der Schule Köpenicker Str. 9-11 (Röhre Jannowstraße) spricht Genosse Apotheker Heiler über „Der Kampf um den Schöpfungspunkt 28“. Freie Ansprache. Gäste, besonders Frauen und Mädchen, herzlich willkommen.

Sport.

Vogel um die Europameisterschaft.

Der mit Spannung erwartete Kampf um die Europameisterschaft im Halbschwergewicht zwischen dem Schweizer Titelhalter Clement und dem Deutschen Meister Paul Samson-Körner geht, wie nunmehr endgültig feststeht, am Freitag, den 18. November, in der Riefenhalle „Arena“ am Kaiserdomag von statten. — Am 4. November findet im Marmorpalais am Zoo ein Kampf um die Deutsche Mittelgewichtsmisterschaft zwischen dem Inhaber dieses Titels, Siegert, und Domburgert-Köln als Herausforderer statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kreuz ist das Lebensgefühl des Lebens! Sie soll uns auch in knappen Zeiten nicht verlassen gehen. Wieviel Freude kann z. B. eine profunde Hausfrau ihrer Familie oder ihren Gästen bereiten, wenn sie sich der bekannten und beliebten Oetker-Produkte bedient. Immer wird es strahlende Augen und ein herzliches Lächeln geben, wenn ein selbstbackender Kuchen oder eine Torten, ein herrlicher Oetker-Pudding mit Früchten oder z. B. Oetkers Döner-Schokoladencreme aufgetragen wird. Nicht viel Anstrengungen werden durch die neuen Rezepte, die laufend in unserer Zeitschrift erscheinen, geboten.

Laßt den Kindern, was sie gerne haben!

Wieviel Freude bereitet es, Kinder zufrieden und glücklich zu machen — Sie haben es leicht, sich oft zu freuen, denn immer wird ein Kinderherz gefangen sein, wenn ein gut zubereiteter und fein angerichteter

Oetker-Pudding

aufgetragen wird. Glückliche Mütter dieses längst und bringen auch an kalten Tagen Oetker-Puddings auf den Tisch

Die Zubereitung nach der stets aufgedruckten Gebrauchsanweisung ist einfach und schnell, die Anwendung dafür gering. Vielfach läßt sich durch einen reichlich gegebenen Nachschick ein Zwischengericht ersparen, denn Oetker-Puddings sind außerordentlich nahrhaft und wohlschmeckend. Ein Päckchen ist ausreichend für 3-4 Personen.

In vielen Geschmacksarten bieten Dr. Oetker's Puddingpulver reiche Abwechslung.

In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackung (niemals lose) zum Preise von 10 bis 30 Pf. für das Päckchen zu haben.

Achten Sie bitte auf die Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“.

„Dr. Oetker's Puddingpulver“ kommen in den Berliner Hausfrauen-Vereinen zur Verwendung.

Verlangen Sie in den Geschäften kostenlos die beliebigen Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, durch Postkarte umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Berfolgungsjagd, Heiratsanträge und andere Zwischenfälle!

Noch immer verteilt Herr X im Auftrag der Massary-Zigarettenfabrik täglich zehn 50-Mark-Scheine an frohe Delfi-Raucher. Dabei passieren ihm die wunderbarsten Sachen. Neulich mußte ein Sipo-Beamter zu seinem Schuh eingreifen. Auf der Wache legt der Beamte, der noch gar nicht wußte, wen er vor sich hatte, einen Karton Massary-Delfi auf den Tisch, zündet sich eine Zigarette an, lächelt genießerisch und — bekommt die 50 Mark. Ob das eine Freude! — In Steglitz erkannte ein junger Mann Herrn X wieder. Er war kurz zuvor Zeuge einer 50-Mark-Verteilung in der Stadtbahn. Als

er Herrn X in die Elektrische steigen sah, nahm der junge Mann die Verfolgung im Auto auf. Ganz aufgeregt stellt er Herrn X, der ihm anrät, doch erst mal eine Zigarette anzusehen. Der „Verfolger“ holt eine Massary-Delfi hervor, und es ist interessant zu sehen, wie beruhigend die Zigarette auf seine Nerven einwirkt. Als Herr X ihn freundlich lächeln sieht, zückt er Bleistift und Quittungsbuch: wieder hat ein 50-Mark-Schein seinen Mann gefunden. — Sogar Heiratsanträge werden Herrn X gemacht, im Spaß und im Ernst. Herr X hat aber sein Herz schon vergeben. Wir wollten es

ja eigentlich nicht verraten: die junge Dame ist sehr temperamentvoll und kann ausgezehrt — bogen. Haltet euch, ihr Ebern! Jedenfalls macht die Sache mit der 15000-Mark-Spende allen Beteiligten viel Spaß, auch denen, die keinen 50-Mark-Schein kriegen. Weil Massary-Delfi eine 5-Pfg.-Zigarette von so außerordentlicher Güte ist, daß man sie mit wahrem Genuß eriebt. Sie müssen mal einen Versuch machen! Mit vollem Recht führt diese Marke einen Namen, der zu höchster Leistung verpflichtet:

Massary-Delfi, edel wie der Name